



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

134 • CH März 2013 AZB 3001 Bern



## Ausgeschieden im ersten Lauf

Die Bündnerinnen und Bündner wollen keine Olympischen Spiele in ihrem Kanton. Nationalrätin Silva Semadeni sagt, welche Argumente die Bevölkerung überzeugt haben, welche Rolle die SP spielte und was sie aus dem Abstimmungskampf mitnimmt.

Seiten 2 und 3

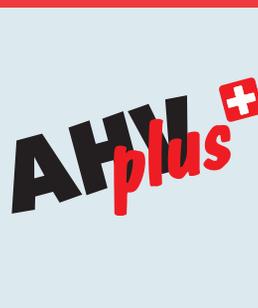
### KAMPAGNE



Das Ja zur Abzocker-Initiative am 3. März war nur der Auftakt, jetzt gehts in die nächste Runde – mit der 1:12-Initiative.

Seite 4

### AKTIV



Die Delegierten der SP Schweiz befassen sich im Landhaus Solothurn mit der Zukunft der Altersvorsorge.

Seite 5

### LITERATUR



Finanzkrisen kehren immer wieder, das zeigt ein Blick in die Literatur. Eine Analyse der Schriftstellerin Anne Cuneo.

Seiten 16 und 17

# «Es war ein Kampf von David

**Die Olympischen Winterspiele 2022 werden nicht in Graubünden stattfinden, das hat die Bündner Stimmbevölkerung am 3. März entschieden. Die Nationalrätin Silva Semadeni hat an vorderster Front gegen die Kandidatur gekämpft. Sie bewundert die Bündner Bevölkerung dafür, dass sie den Versprechungen der Promotoren nicht erlegen ist.** Interview: Andrea Bauer

Die Bündnerinnen und Bündner haben einer Olympia-Kandidatur ihres Kantons mit fast 53 Prozent Nein-Stimmen eine Absage erteilt – mit welchen Argumenten habt ihr sie überzeugt?

Das erste Argument: Zu gross! Das wären keine kleinen, nachhaltigen Spiele geworden, wie behauptet wurde, sondern gigantische Spiele, viel zu gross für die zwei Bergtäler, in denen sich das alles abgespielt hätte. Wichtig war auch das Finanzargument: 2,5 Milliarden Franken allein für Organisation und Durchführung der Spiele. Von diesen Kosten hätten Bund und Kanton einen Grossteil übernehmen müssen. Zudem war nie klar, wer das zu erwartende Defizit getragen hätte. Grosse Kostenüberschreitungen hat es in den letzten fünfzig Jahren bei allen Olympischen Spielen gegeben, und immer musste die öffentliche Hand dafür aufkommen.

Der Bundespräsident persönlich versuchte diesbezüglich Klarheit zu schaffen.

Bundesrat Ueli Maurer hat bei seinen unzähligen Auftritten in Graubünden immer wieder betont, der Bund werde alles bezahlen. Doch das war nur der Antrag des Bundesrates ans Parlament. Die Finanzkommission sah dies ganz anders und das Parlament hätte erst nach der Bündner Abstimmung entschieden. Ein weiteres Argument, für mich als Präsidentin von Pro Natura besonders wichtig: Man hat der Bevölkerung nie aufgezeigt, was die Spiele für Natur, Landschaft und Umwelt bedeutet hätten. Die Botschaft widmete diesem Thema gerade siebeneinhalb Zeilen. Dies alles hat die Bündnerinnen und Bündner letztlich überzeugt. Selbst in den Wintersportorten hatten wir Nein-Anteile von 40 Prozent und mehr.

Die Verlierer zeigen sich schwer enttäuscht. Sie kritisierten den Neid in den Bündner Tälern und den fehlenden Mut, ein gemeinsames grosses Projekt zu lancieren.

Ich verstehe ihre Enttäuschung. Doch diese Haltung zeigt, dass sie schlechte Verlierer sind, die nicht akzeptieren können, dass ein mündiges Volk selber entscheidet, was es für gut hält und was nicht. Die Promotoren besuchten alle Talschaften und machten überall Versprechungen. Sogar nach San Bernardino gingen sie, wo

momentan eine traurige Situation herrscht, weil die Bergbahnen den ganzen Winter über geschlossen waren. Sie versprachen den Leuten, dank Olympia könnten auch dort Trainingslager stattfinden. An anderen Orten versprachen sie den Ausbau von Infrastrukturen. Alles wurde schöngeredet, darum sehe ich es als grosse Leistung der Bündner Bevölkerung, dass sie sich nicht hat blenden lassen.

«Leider hat die SP ein Ja verhindert», stand in einem Leserbrief in der «Südostschweiz». Welche Rolle spielte die Bündner SP in diesem Abstimmungskampf?

Die SP war die einzige Partei, die sich klar gegen die Spiele ausgesprochen hat. Von den 120

**«Wir lassen uns nicht ein Riesenprojekt als Allheilmittel für sämtliche Probleme im Tourismus verkaufen.»**

Mitgliedern im Grossen Rat waren nur gerade die 16 SPlerinnen und SPler dagegen. Sie waren es, die der Bündner Öffentlichkeit in der Ratsdebatte die Risiken der Olympiakandidatur aufzeigten. Exponentinnen und Exponenten der SP engagierten sich auch im Abstimmungskampf. Wir machten der Bevölkerung klar: Wir lassen uns nicht ein Riesenprojekt als Allheilmittel für sämtliche Probleme im Tourismus verkaufen, so sieht für uns die touristische Zukunft Graubündens nicht aus.

Genau dieses Allheilmittel sah die Befürworterseite aber in den Olympischen Spielen. Sie erhoffte sich riesige Investitionen in die Infrastruktur und eine schlagartige Verbesserung der Situation in der Tourismusbranche ...

Die Investitionen in Strassen und Bahn wären mit den Olympischen Spielen ja nur vorgezogen worden. Sie sind bereits in den Programmen von Bund und Kanton vorgesehen und wären statt bis 2025 bereits bis 2022 verwirklicht worden. Was die Investitionen in die sportlichen Infrastrukturen betrifft, ist es so: Infrastrukturen, die nur den Olympischen Winterspielen dienen, belasten das olympische Budget für Organisation und Durchführung. Eine Milliarde Franken hätte man in

Infrastrukturen investiert – um sie nach den Spielen wieder abzureissen. Dauerhafte Infrastrukturen hätten hingegen die Gemeinden selber finanzieren müssen. Bei Olympischen Winterspielen wird einem nichts geschenkt. Das haben wir den Leuten immer wieder aufgezeigt. Bei den Promotoren haben wir damit keine Freude erzeugt, aber es ist die Realität.

Was hätten die Olympischen Spiele für die Hotellerie bedeutet?

Allein das Olympische Komitee hätte 23000 Hotelzimmer benötigt, in ganz Graubünden gibt es aber nur 21500. Wie man die Beherbergungsfrage konkret gelöst hätte, war nicht klar. Es bestand die Gefahr, dass Überkapazitäten geschaffen worden wären, die nach den Spielen zu Konkursen geführt hätten. In Lillehammer etwa waren nach den Spielen 40 Prozent der Hotels bankrott. Ein weiteres grosses Problem wäre der Verkehr gewesen. Weil man die Leute nicht alle in Davos oder im Oberengadin hätte unterbringen können, rechnete das Verkehrskonzept mit bis zu 112000 Tagesgästen. Und dies notabene in der Hochsaison, wo man eigentlich davon ausgeht, dass in den Tourismusdestinationen schon alles belegt ist. Ich habe Mails von Stammgästen erhalten, die sagten, es käme für sie unter diesen Umständen nicht mehr infrage, in Graubünden Ferien zu machen.

Die Bündner SP argumentierte, sie setze nicht auf diese Art von Tourismus. Auf welchen Tourismus setzt die SP dann?

Der Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig Graubündens und wir anerkennen das. In der Debatte im Grossen Rat verlangte die SP eine umfassende Tourismusstrategie, die sich auf eine Analyse der Situation stützt – statt blind die Lösung für alle Probleme in einem riesigen Projekt zu sehen, das erst noch durch das IOC fremdbestimmt wird. Es gibt in Graubünden nicht nur die grossen Winterdestinationen, es gibt nicht nur St. Moritz und Davos. Der Tourismus hat für den ganzen Kanton eine grosse Bedeutung. Wenn man alle Talschaften berücksichtigen will, muss man vielfältige Massnahmen vorschlagen. Das wäre ein echtes gemeinsames Projekt für den ganzen Kanton.

Kaum ist Olympia vom Tisch, sind neue Ideen im Umlauf: Die einen verlangen ein Konzept für

# gegen Goliath»



Silva Semadeni: «Die Propaganda war dermassen penetrant, dass ich dachte: Wenn man das alles hört und sieht, muss man Ja stimmen. Und trotzdem hat sich das Volk nicht irreführen lassen.»

nachhaltige Spiele, die anderen Investitionen in den Breitensport und noch andere würden am liebsten morgen schon eine neue Kandidatur aufbauen. Was hältst du von diesen Ideen?

Die Förderung des Breitensports finde ich sinnvoll. Olympische Winterspiele im Alpenraum sind hingegen in den heutigen Dimensionen nicht mehr vertretbar. 1928 und 1948, als sie in St. Moritz stattfanden, da waren Olympische Winterspiele wirklich klein, überschaubar und ökologisch. Wenn das IOC heute Olympische Spiele im Alpenraum durchführen will, dann muss es seine Regeln ändern. Die Bevölkerung ist nicht bereit, für eine kurzfristige riesige Sportveranstaltung Eingriffe in Natur und Landschaft zu dulden und Milliarden auszugeben, während das IOC selbst gleichzeitig für Fernsehrechte und durch Sponsorenverträge Milliarden einnimmt. Das geht einfach nicht auf, das haben mir im

Abstimmungskampf viele Leute gesagt. Mein ehemaliger Mathematiklehrer etwa, der in den 1970er-Jahren Spitzensportler war, hat mir am Telefon gesagt: Das ist nicht mehr Sport. Sport ist Spiel, hier aber geht es vor allem um Geld.

**Was nimmst du aus diesem Abstimmungskampf mit?**

Für mich war diese Abstimmung wie ein Kampf von David gegen Goliath. Die andere Seite hatte die ganze politische und wirtschaftliche Macht hinter sich und sehr viel Geld zur Verfügung. Die Propaganda war dermassen penetrant, dass ich dachte: Wenn man das alles hört und sieht, muss man Ja stimmen. Und trotzdem hat sich das Volk nicht irreführen lassen. Das tut gut. Man kann nicht jede Abstimmung kaufen – das nehme ich mit.

## STANDPUNKT



**Flavia Wasserfallen**  
Co-Generalsekretärin

## Danke FDP und GLP!

Skurriles spielte sich am Ende der ersten Sesssionswoche im Nationalrat ab. Die ParlamentarierInnen waren in Aufbruchsstimmung, hatten ihre Rollköfferchen bereit und wollten Richtung Bahnhof abschwirren, ab ins Wochenende. Ein paar Minuten vor Sitzungsende sollten noch SP-Nationalrat Pardini sowie Bundesrat Schneider-Ammann sprechen. Doch einer Ratsmehrheit passte dies nicht, sie lehnte eine Verlängerung um zehn Minuten ab. Die Debatte konnte nicht abgeschlossen werden. Das Thema der Debatte? «Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten». Oder weniger kryptisch ausgedrückt: 1. Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten wochentags von 6 bis 20 Uhr und am Samstag von 6 bis 19 Uhr. 2. Aufweichung des Arbeitsgesetzes auf Verordnungsweg, damit in touristischen Gebieten ohne Limiten dem Shoppingerlebnis gefrönt werden kann.

Diese Forderungen nach Aushöhlung des Arbeitsgesetzes und Liberalisierung der Öffnungszeiten sind ja nicht neu, aber der Zeitpunkt überrascht schon etwas.

Am 8. März konnte die Sonntagsallianz auch dank der SP das Zustandekommen des Tankstellenshop-Referendums vermeiden. Am Wochenende zuvor hatten die Basler Stimmberechtigten eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Über 90 Prozent der Vorlagen zu diesem Thema sind bisher gescheitert. Die Stimmenden wissen nämlich genau, dass 24-Stunden-Shopping ein verheerendes Verlustgeschäft ist. Ein Verlust für die Wirtschaft, ein Verlust für die Arbeitnehmenden und ein Verlust an Lebensqualität für alle.

Trotz all dieser Warnsignale haben die Consiglieri agli Stati Abate und Lombardi haben mit ihren Vorstössen das Stoppsignal überfahren. Damit nicht genug! Die beiden erhalten Verstärkung durch eine grünliberale Nationalrätin aus Bern, welche noch einen draufgibt: 24-Stunden-Shopping für alle, immer und überall.

So bleibt mir nur noch zu sagen: Danke FDP und GLP! Danke, dass ihr euch bei der Beratung im Parlament wie Elefanten im Porzellanladen verhaltet. Danke, dass ihr euch mit eurem ungebremsten Vorstösswahn mit Forderungen nach weiter gehender Liberalisierung nicht zurückhaltet. Ich bin nämlich überzeugt, dass ihr damit ermöglicht, dass unser Tankstellenshop-Referendum, über welches wir womöglich im September werden abstimmen können, ein Sonntags(allianz)spaziergang wird.

1:12

Gemeinsam  
für  
gerechte  
Löhne

# Der Gegner ist angezählt

**Das Ergebnis der Abzocker-Initiative ist schlicht überwältigend. Sämtliche Kantone und zwei Drittel der Bevölkerung haben genug von der Abzockerei in den Teppichetagen. Dies ist aber erst der Anfang. Denn die Abzocker-Initiative ist zwar ein starkes Signal, aber auch nicht viel mehr. Um das Versprechen vom 3. März einzulösen, braucht es die 1:12-Initiative.**

Trotz der erfolgreichen Abstimmung glaubt die Bevölkerung nicht, dass die Abzocker damit gestoppt sind. In der repräsentativen Umfrage der «SonntagsZeitung» stimmt eine knappe Mehrheit der 1:12-Initiative zu, in einer Umfrage von «20 Minuten» sprechen sich sogar 65 Prozent für die Initiative aus.

Die Resultate zeigen, dass ein Umdenken in der Schweizer Bevölkerung stattfindet. Sie glaubt Economiesuisse und ihren Hampelmännern und -frauen nicht mehr. Die mantramässig wiederholte Forderung nach Wirtschaftsfreiheit und Selbstregulierung kauft ihnen eine Bevölkerungsmehrheit nicht mehr ab. Genauso wenig wie die genauso regelmässig wiederkehrende leere Drohung, die Unternehmen würden abwandern, sollte die Demokratie nicht die gewünschten Resultate zeitigen.

Eine solch hochgradig antidemokratische Haltung mag auf einzelne Personen wie Daniel Vasella zutreffen. Auf solche Menschen, die in der Schweizer Wirtschaft nur einen Selbstbedienungsladen sehen, kann unsere Gesellschaft getrost verzichten. Bei den Unternehmen brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Die Vergangenheit hat das zur Genüge bewiesen: Der Erfolg der Schweizer Wirtschaft fusst nämlich nicht auf den exorbitanten Salären der Abzockerinnen und Abzocker, sondern

auf unserer guten Infrastruktur, dem ausgebauten Bildungssystem, der Rechtssicherheit oder kurz: auf den Menschen in diesem Land. Als der Grundstein für den wirtschaftlichen Erfolg vieler grosser Schweizer Unternehmen gelegt wurde, gab es noch keine Topmanager, die ihrer Arbeit einen 1800 Mal höheren Wert beimessen als derjenigen ihrer schlechtest-

bezahlten Angestellten. Vor dreissig Jahren war die durchschnittliche Lohnbandbreite in grossen Schweizer Unternehmen bei 1:6, noch 1998 lag sie bei 1:13, heute bei 1:93. Diesem ungebremsten Wachstum können wir mit der 1:12-Initiative einen Riegel schieben.

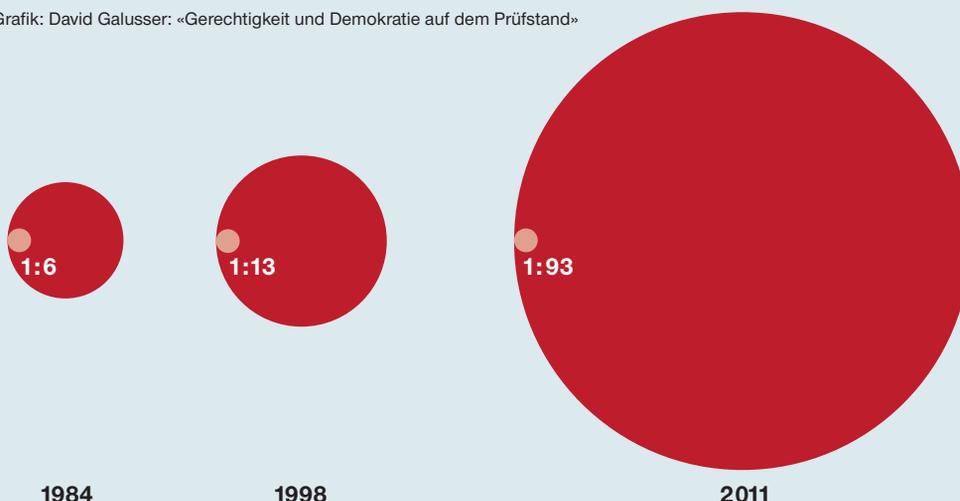
Noch hämmert der Kater der Abzocker-Initiative in den Köpfen der Bürgerlichen. Es ist Zeit, die nächste Runde einzuläuten. Die Schweizer Bevölkerung hat die Türe einen Spalt breit aufgestossen – wir sollten die Gelegenheit nutzen, die Abzocker gemeinsam zu stoppen und gerechte Löhne zu schaffen.

**David Roth** (Dritter von rechts) ist Präsident der JUSO Schweiz



## DURCHSCHNITTliche LOHNbandBREITE IN GROSSEN SCHWEIZER UNTERNEHMEN

Grafik: David Galusser: «Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand»



## BILDUNGSMODUL

Im Rahmen einer Sektionsversammlung vermitteln Referentinnen und Referenten der SP Schweiz in wahlweise 30 oder 90 Minuten das nötige Rüstzeug für die anstehende Abstimmungskampagne zur 1:12-Initiative: volkswirtschaftliche Grundlagen, Zahlen und Fakten, politische Inhalte sowie konkrete Kampagnenelemente.

Wir würden uns freuen, zwischen April und August 2013 möglichst viele SP-Sektionen mit unserem Bildungsmodul besuchen zu dürfen. Interessierte Sektionen können sich mit dem Formular auf der Website der SP Schweiz [www.spschweiz.ch/1zu12](http://www.spschweiz.ch/1zu12) anmelden (Formular bitte an [monika.bolliger@spschweiz.ch](mailto:monika.bolliger@spschweiz.ch) schicken).

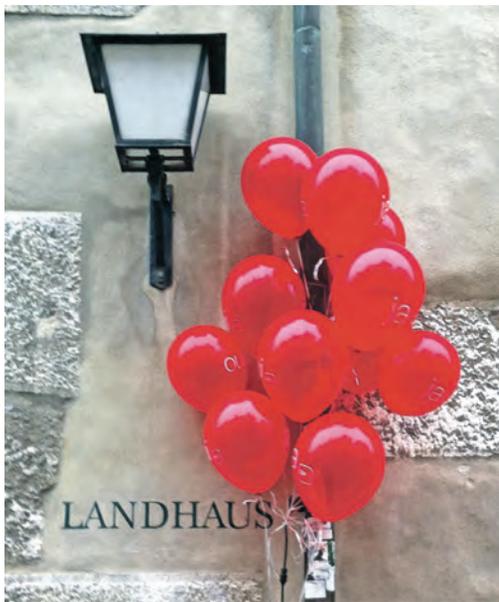
# Stärken wir die AHV!

**Wir brauchen die «AHV plus»-Initiative des SGB: jetzt und schnell! Denn die Lügen über die bankrotte AHV und die reichen Alten müssen wir entlarven. Und der Bundesverfassung endlich Nachachtung verschaffen.**

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich im Alter noch stärker. Nur das oberste Fünftel der Bevölkerung kann sich nach der Pensionierung entspannt zurücklehnen. Die reichsten 20 Prozent der Ehepaare haben im Schnitt ein Einkommen von 15 000 Franken im Monat zur Verfügung. Kein Wunder, sie gehören zu den Privilegierten in der zweiten Säule und haben Vermögen. Doch der Grossteil der Rentnerinnen und Rentner ist hauptsächlich auf die AHV angewiesen. Die Altersbank für die ärmsten 20 Prozent der Haushalte ist hart und unbequem: Ein pensioniertes Ehepaar hat durchschnittlich um die 3000 Franken pro Monat im Portemonnaie. Fast 200 000 Personen müssen Ergänzungsleistungen beantragen, um über die Runden zu kommen.

Doch die AHV ist die wichtigste Stütze der Altersvorsorge. Sie ist eine Erfolgsstory und das beliebteste Sozialwerk im Volk. Die AHV ist finanziell stabil. Das hat unter anderem damit zu tun, dass auch die höchsten Einkommen Beiträge in die AHV-Kasse einbezahlen müssen. So ist es nur gerecht, wenn ein Herr Vasella, der einen Jahreslohn von 42 Millionen Franken bezieht, mit seinen Abgaben für rund 150 Personen eine Jahresrente finanziert. Die AHV ist sozial aufgebaut und leistungsstark. Deshalb wollen wir die AHV stärken. Mit einer bescheidenen Erhöhung von 0,55 Lohnprozenten können wir die Renten um rund 200 Franken monatlich für Alleinstehende und um 350 Franken für Ehepaare erhöhen. Die zusätzlichen Lohnbeiträge brauchte es allerdings dann nicht, wenn eine nationale Erbschaftsteuer eingeführt würde und die Tabaksteuern statt in die Bundeskasse direkt in die AHV-Kasse fliessen würden.

Ziel der Renteneinkommen aus erster und zweiter Säule ist, dass das «gewohnte Leben angemessen» weitergeführt werden kann. So steht es in der Bundesverfassung. Doch davon sind die meisten Menschen in diesem Land



Im Zeichen der Altersvorsorge: DV in Solothurn

meilenweit entfernt. Die Volksinitiative «AHV plus: für eine starke AHV» ist von einem breiten Bündnis lanciert worden. Bessere Renten, gerade für Personen mit kleinen und mittleren Einkommen, sind mit einer Stärkung der AHV viel günstiger zu haben als über die Pensionskassen. Denn privates Sparen für das Alter ist teuer, weil Banken und Versicherungen mitverdienen.

Die heissen Diskussionen beginnen: Wer sich mit Wissen über die AHV und guten Argumenten für AHV plus wappnen will, ist herzlich zu einem Kursbesuch eingeladen (s. Kasten).



**Christine Goll** ist Ausbildungsleiterin Movendo und ehemalige SP-Nationalrätin (1991–2011)

## MOVENDO-KURSE ZUR INITIATIVE AHVPLUS

# AHV<sup>+</sup>

- Kurs D4.3.1302, 3.4.2013, 9–17 Uhr, Hotel Bern, Bern
- Kurs D4.3.1303, 11.4.2013, 9.–17 Uhr, Restaurant Aarhof, Olten
- Kurs D4.3.1304, 16.4.2013, 9–17 Uhr Hotel Bern, Bern
- Kurs D4.3.1306, 18.4.2013, 9.15–16.45 Uhr, Institut für berufliche Weiterbildung, Chur
- Kurs D4.3.1305, 22.4.2013, 9–17 Uhr, Congress Hotel Olten, Olten

Leitung: Christine Goll (Ausbildungsleiterin Movendo)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Telefon 031 370 00 70

## Eine Altersvorsorge für alle statt für wenige

Die SP Schweiz spielt in der Diskussion um die Reform der Altersvorsorge eine wichtige Rolle. Am 2. März verabschiedeten die Delegierten im Landhaus Solothurn dazu acht Ziele:

■ **Existenzsichernde Renten** Das heutige AHV-Rentenniveau ist zu tief, um das Existenzminimum abzudecken, wie es in der Bundesverfassung formuliert ist. Ziel der SP ist deshalb die Erhöhung der AHV-Renten, wie es die Initiative «AHV plus» fordert.

■ **Keine Gleichstellung beim Rentenalter ohne Lohngleichheit** Ziel der SP ist ein gleiches Rentenalter für alle. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die ökonomische Gleichstellung, insbesondere die Lohngleichheit, erreicht ist.

■ **Ein Lebensarbeitszeitmodell für alle** Ziel der SP ist ein Rentensystem, das nebst dem Alter auch die Beitragsjahre berücksichtigt. In dieser Reform müssen die Grundlagen für einen fundamentalen Systemwechsel gelegt werden.

■ **Kapitalwachstum in der zweiten Säule stoppen** Die Gewichte zwischen den Säulen müssen verschoben werden, wobei die erste Säule zu stärken ist. Der wachsende Anlagebedarf der zweiten Säule muss durch den Ausbau des Umlageverfahrens (Sicherheitsfonds) innerhalb der zweiten Säule gebremst werden.

■ **Transparenz und Good Governance in der zweiten Säule** Das Geld der zweiten Säule gehört den Versicherten und es muss ihnen vollumfänglich zukommen. Die Anlagepolitik der Pensionskassen muss vom Bund strenger kontrolliert, die Durchsetzung der Kontrollen besser beaufsichtigt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Versicherten müssen wirkungsvoll erweitert werden.

■ **Stärkung der Teilzeitarbeit im BVG** Im BVG wird Teilzeitarbeit heute durch den Koordinationsabzug und die Eintrittsschwelle von der Versicherung ausgeschlossen oder massiv benachteiligt. Beide müssen als kurzfristig realisierbare Massnahme bis zu einem grundlegenden Systemwechsel reduziert werden.

■ **Keine Luxusvorsorge für Reiche** Die berufliche Vorsorge muss auf ihren Vorsorgeauftrag zurückgeführt werden. Die Höhe des versicherbaren Einkommens muss deshalb beschränkt, Sonderkonditionen bei Einkaufsbeträgen abgeschafft und die individuelle Vorfinanzierung der vorzeitigen Pensionierung verboten werden.

■ **Finanzierung sozialverträglich sichern** Mit einer nationalen Erbschaftsteuer kann ein wesentlicher Beitrag zur finanziellen Sicherung einer starken AHV geleistet werden. Die SP setzt sich ausserdem für eine Korrektur der AHV-schädlichen Entwicklung in der Unternehmenssteuerreform ein.

Das Papier kann über [www.spschweiz.ch/altersvorsorge](http://www.spschweiz.ch/altersvorsorge) heruntergeladen werden.

# Vom Handwerksgelesen zum

**Herman Greulich war einer der Wegbereiter der schweizerischen Arbeiterbewegung und eine der bedeutendsten Persönlichkeiten vor dem Ersten Weltkrieg. Zeitlebens setzte er sich für das Frauenstimmrecht ein.**

Der erste bedeutende Arbeiterverein in der Schweiz war der 1833 gegründete Deutsche Handwerkerverein in Biel: Die frühe Arbeiterbewegung stützte sich auf die Handwerker und noch nicht auf die Fabrikarbeiter ab. Sie begann in einer Zeit, in der es den Liberalen gelang, die allgemeine Gleichheit und Freiheit, wie sie während der französischen Revolution postuliert wurden, auch auf wirtschaftlichem Gebiet durchzusetzen und die Standesprivilegien abzuschaffen. Hauptopfer der neuen Wirtschaftsfreiheit waren die Kleinbetriebe und die wandernden Handwerksgelesen, aber auch die Zuzüger und Fremden, in Biel die Deutschen, in Genf die Deutschschweizer. So war das auch noch eine Generation später, als Herman Greulich auf seiner Wanderung in die Schweiz kam.

Dass Greulich einmal eine wichtige Rolle in der schweizerischen Sozialdemokratie spielen würde, war bei seiner Geburt am 9. April 1842 im schlesischen Breslau nicht vorzusehen. Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf, besuchte eine Armenschule und musste eine Lehre als Handschuhmacher aus gesundheitlichen Gründen abbrechen. So absolvierte er von 1857 bis 1862 eine Buchbinderlehre. Als Buchbindergeselle ging er auf Wanderschaft, sein Weg führte ihn 1865 nach Zürich, wo er zunächst als Buchbinder, später als Gehilfe in einem Fotoatelier arbeitete. Er trat 1867 der Internationalen Arbeiter-Assoziation bei und war Mitbegründer der Zürcher Sektion, deren Zei-

tung «Tagwacht» er redigierte und sich dabei für sozialpolitische Verbesserungen und die gewerkschaftliche Organisation einsetzte.

## Einbürgerung

Greulich identifizierte sich absolut mit seiner neuen Heimat. 1876 erwarb er ein Haus im Zürcher Vorort Hirslanden und erhielt im Jahr darauf mit Stichentscheid des Gemeindepräsidenten das Gemeindebürgerrecht. Da er die Willkür von Einbürgerungen durch Gemeindeversammlungen aus eigener Erfahrung kannte, schlug er 1912 als Nationalrat vor, ein vom Gemeindebürgerrecht unabhängiges Schweizerbürgerrecht zu schaffen.

Mit den deutschen Sozialisten, die in der Zeit der deutschen Sozialistengesetze (1878–1890) in Zürich verkehrten, pflegte er zwar intensive Kontakte. Diese hielten ihn jedoch für «total verschweizert»: Er soll sogar den typisch schweizerischen Akzent angenommen haben, wenn er Hochdeutsch sprach.

Von 1880 bis 1884 arbeitete Greulich als Kaffee Röster im Konsumverein Zürich. Daneben verfasste er als Autodidakt erste statistische Arbeiten. Er analysierte die Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1880 und verfasste 1881 die Studie «Die Bevölkerung der Stadt Zürich mit Ausgemeinden nach ihren Berufsarten». Der Chef des Eidgenössischen Statistischen Büros schätzte diese Studie als so bedeutsam ein, dass er Greulich beauftragte, sie auch auf Bern und weitere Kantone anzuwenden. 1884 wurde Herman Greulich zum Kanzlisten im Statistischen Amt des Kantons Zürich ernannt, das er von 1885 bis 1887 als Vorsteher leitete.

## Emanzipation für Arbeiter und Frauen

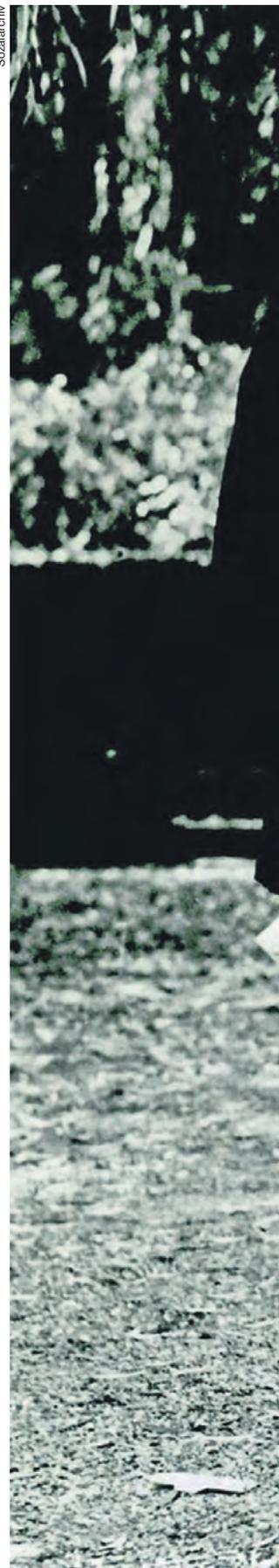
Greulich erkannte, dass die Forderung nach Emanzipation der Arbeiterschaft in direktem Zusammenhang stand mit der Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter. Im Artikel «Die Befreiung des Weibes» («Tagwacht» vom 27. Mai 1876) schrieb er:

«Vernünftig aufgefasst, kann das Wort Frauenemanzipation nur bedeuten: Öffentliche Geltendmachung des Grundsatzes, dass das weibliche Geschlecht dem männlichen gleichberechtigt sei, dass das Weib den gleichen Anspruch auf Erziehung, Ausbildung und Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte habe wie der Mann und ebenso das gleiche Anrecht auf Lebensgenuss und äusserliche



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint im Oktober die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat-Verlag. Das Buch kann vorbestellt werden unter [www.redboox.ch](http://www.redboox.ch) (SP-Mitglieder bezahlen noch bis Ende April 34 Franken statt 68 Franken).

Sozialarchiv



Herman Greulich  
1922

# Mitbegründer der SP



Lebensstellung. Vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, kann das letztere in zwei Punkten formuliert werden:

1. Gleiche Bezahlung des gleichen Quantums Arbeit, gleichviel, ob von männlicher oder weiblicher Arbeitskraft geliefert.

2. Gleiches politisches Recht (Stimmrecht und Wahlfähigkeit) für das weibliche wie für das männliche Geschlecht.»

Und er folgerte daraus:

«Will aber die organisierte Arbeiterschaft, dass das weibliche Geschlecht, das heute ihr Konkurrenzfeind auf dem Markte ist, mit eintrete in den begonnenen Kampf, dann müssen die männlichen Arbeiter auch rückhaltlos und offen die volle Gleichberechtigung ihrer Arbeitsgenossinnen auf ihre Fahne schreiben. Zum gemeinsamen Kampf gehört die Gleichberechtigung und Solidarität der Verbündeten.»

1917 forderte Herman Greulich im Kantonsrat das gleiche Stimm- und Wahlrecht für Schweizer Bürgerinnen für alle Ämter des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden.

## Greulich, der Gründer

Im März 1870 initiierte Greulich die Gründung der ersten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Ihr Wirkungsgebiet blieb allerdings auf die Deutschschweiz beschränkt. Voraussetzung zur Mitgliedschaft war die Anerkennung des Parteiprogramms und das Abonnement der Parteizeitung «Tagwacht». Da sich die Parteiführer Greulich, Hartung und Becker misstrauten und gegenseitig blockierten, verzichtete Greulich darauf, eine nationale Partei zu gründen. Auf seine Initiative hin wurde 1873 der «Erste schweizerische Arbeiterbund» gegründet. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen zwischen Grütlianern und Sozialdemokraten löste sich der Arbeiterbund 1880 wieder auf. Wenig erfolgreich war auch die Gründung der zweiten Sozialdemokratischen Partei im Dezember 1880, bei der man Einzelmitglied werden konnte.

1905 war Greulich Mitbegründer des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter (heute: Verband Personal öffentlicher Dienste VPOD). Am Zürcher Gewerkschaftskongress 1913 erklärte er die Aufgaben der Gewerkschaften dahin gehend:

«Wir sind alle überzeugt, dass die heutigen Kämpfe um den Arbeitslohn, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen anderer Art, nur Vorpostengefächte sind, dass es darauf ankommt, ein Ziel zu erringen, bei dem die Gewerkschaften nur Vorarbeit erringen können: das Ziel, die ganze heutige Produktionsweise, die heutige Gesellschaftsordnung umzuge-

stalten in einen Zustand, in dem die Produktionsmittel der Gesellschaft gehören, in dem die Arbeit nicht mehr im Befehl und Profit anderer vollführt wird, sondern zum Nutzen des Ganzen, der Allgemeinheit, zu einer mächtigen Hebung der ganzen Kultur, aller Glieder der Gesellschaft.»

## Der Politiker

Herman Greulich war stark von der Demokratischen Bewegung im Kanton Zürich geprägt, die in den 1860er-Jahren die damals fortschrittlichste Verfassung der Welt schuf, unter anderem mit Initiativ- und Referendumsrecht und Abschaffung der Todesstrafe. Seine Auffassung von Sozialismus lief auf die vollständige Demokratisierung der Gesellschaft hinaus. Er erwartete, dass die Arbeiterschaft zwangsläufig die Macht im Staat erhalten werde, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmache, und lehnte deshalb eine Revolution oder einen Generalstreik als Weg zum Sozialismus strikte ab.

Obwohl er sich in der Arbeiterbewegung stark engagierte, nahm er erst spät politische Ämter an. Mit 48 Jahren wurde er Kantonsrat (1890–1893, 1896–1899 und 1901–1925), mit 50 Jahren Gemeindeparlamentarier (1892–1925) und mit 60 Jahren Nationalrat (1902–1905 und 1908–1925). Hier wurde er der Chef der sozialdemokratischen Fraktion, die ironisch «Kappelle Greulich» genannt wurde.

## Greulich, der Demokrat

Als «Stimmzettel-Sozialist» – wie er von seinen marxistischen Gegnern in der SP verspottet wurde – glaubte Greulich auch an die demokratische Durchdringung der Armee und hatte eine positive Einstellung zur militärischen Landesverteidigung. Als die Partei im Ersten Weltkrieg beschloss, dass die Nationalratsfraktion künftig das Militärbudget abzulehnen habe, weigerte sich Greulich ausdrücklich, sich diesem Beschluss zu unterziehen. Der bereits 70-Jährige bemerkte dazu trotzig: «Wir stehen auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung. Wir halten dafür, dass diese Verfassung und ihre Demokratie bewahrt werden müssen. Und ich würde als alter Knabe noch die Büchse auf die Achsel nehmen, um uns nicht auffressen zu lassen von irgendeiner Monarchie. Der Antrag auf Verweigerung des Militärbudgets passt gar nicht auf unsere Verhältnisse.» Achtung brachte man Herman Greulich trotzdem von der ganzen Partei und weit darüber hinaus entgegen. Er verstarb am 18. November 1925 in Zürich.

**BASECAMP**  
OUTDOOR PRODUCTS FROM THE HIMALAYAS

FUNKTIONSJACKE DANFE

**NEU** Hoch atmungsaktive Materialien - der Schlüssel zu Ihrem persönlichen Wohlfühlklima

Hochend Funktions-Aussenjacke mit System-Reissverschluss für das nahtlose einzippen der Fleecejacke. Mit ihrer Atmungsaktivität (Wasserdampfdurchlass) von 6'000 g/m<sup>2</sup>/25h und Wassersäule von 20'000 mm misst sich diese Jacke in der Kategorie der Hi-End Funktionsjacken. Sturmfeste helmtaugliche Kapuze, Zwei-Wege-Reissverschluss mit Kinnschutz (Front), wasserfest verschweisste Nähte, stufenlos verstellbarer Ärmelbund (Velcro), elastische Taillenkordel etc. Inklusiv herauszippbare warme und bequeme Fleece-Innenjacke (270 g/m<sup>2</sup>), lässt sich einfach herausnehmen und als vollwertige Jacke separat tragen. Sie verfügt über zwei Hüfttaschen sowie über zwei praktische Fächertaschen im Innern. Damit ist in jedem Fall für ausreichend Stauraum gesorgt.

Im Set statt 399.-  
**198.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 149.-**

S  
M  
L  
XL  
XXL  
grün/ocker rot blau schwarz





SOFTSHELLJACKE MAYUR

Schweiz S M L XL XXL

**BASECAMP**

statt 228.-  
**148.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 99.-**

Elegante sportliche Soft Shell Jacke casual oder extrem einsetzbar (City/Mountain). Leichtes Gewicht und hochgradig atmungsaktiv. Stark wind- und wasserabweisend. Lässt sich dank ihrem hohen Tragecomfort und eleganten Aussehen auch ausgezeichnet für den urbanen Lebensstil verwenden. Schützt ideal vor Wind und Feuchtigkeit



TREKKINGHOSE MONAL

Schweiz S M L XL XXL

**BASECAMP**

statt 198.-  
**128.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 79.-**

Aus dem gleichen Material gefertigt wie die Aussenjacke Danfe. Hochgradig wind- und wetterbeständig. Leicht und klein verpackbar. Durchgehender seitlicher Ressverschluss für das einfache an- und ausziehen. Dank der Kombination von Halbelastikbund und Klettverschluss-Zone lässt sie sich einfach an den jeweiligen Bauch-/Hüftumfang anpassen.



LED AMBIENT DECO LIGHT BALL

**NEU - hip und trendy! LED Lichtball für den Innen- und Aussenbereich (-20°C/+50°C)**

**Verschönern Sie Ihr Zuhause!** Der LED Ambient Deco Light Ball mit seinem sanften und farbigen Licht setzt ihre Umgebung besonders eindrucksvoll in Szene und sorgt für ein entspannendes Ambiente. Der wählbare automatische Farbverlauf zaubert stimmungsvolle Farbsequenzen herbei und erfüllt den umliegenden Raum mit beruhigenden und warmen Emotionen. Egal ob draussen im Garten, auf der Terrasse oder in Innen, diese Leuchtkugel ist vielfältig einsetzbar und bildet überall eine optische Augenweide.

- Durchmesser 30 cm. Wasserdicht für den Einsatz drinnen wie draussen (kabellos). WINTER/SOMMER
- Ausgesprochen dekorativ für Wohnzimmer, Schlafzimmer, Garten, am/im Pool, auf der Terrasse, im Schnee...
- Tagsüber eine schöne, moderne weisse Kugel und Abends eine beeindruckende Beleuchtung
- Über 8 Std Akku-Betriebsautonomie oder im Dauerbetrieb auf dem Ladesockel (Innenbereich).
- Stromsparende langlebige LED Technik. LED-Lebensdauer > 50'000 Std.
- Über die Fernbedienung können die einzelnen Farben und/oder Programme eingestellt und im Nu geändert werden • Lichtdimmer, Geschwindigkeitsregler...

Wählen Sie Ihre gewünschte Lichtfarbe mit der mitgelieferten Fernbedienung aus. Sie können die Farben nochmals in der Intensität variieren, also Pasteltöne oder kräftige Farben wählen sowie diverse Programme laufen lassen, z.B. für nahtlose Farbübergänge (fließend, pop, langsam, schnell...).

Hochwertige LED Technik. Qualitätsprodukt für natürlich warme und emotionale Farben. Nahtlose Farbübergänge. Keine getrübbten Stellen, kein Flackern / Flimmern / Rauschen.

statt 168.-/Stk.  
**98.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 89.-**  
Für Bestellungen ab 3 Stück nur CHF 89.-/Stk **CHF 78.-**

Farben stellen eine unerschöpfliche Energieform dar, die als Farb- und Lichtwellen auf uns einwirken. Ein intensiver Sonnenuntergang sorgt ganz automatisch dafür, dass wir uns entspannen und wohler fühlen. Genauso wie ein tiefblauer See, das wuchtige Farbspektakel eines Feuerwerks oder eines herannahenden Gewitters uns in Schwingung versetzen und tiefe Emotionen erleben lassen. Mit der dekorativen Beleuchtung tragen Sie nicht nur zur Verschönerung Ihres Wohnambientes bei, sondern sorgen auch gleichzeitig für eine entspannende und gemütliche Atmosphäre.





MOBILER (SHIATSU) MASSAGER RELAX PREMIUM 4 IN 1

**Schaffen Sie sich Ihre jederzeit zugänglichen Ruhe- und Entspannungszonen!**

Macht aus jedem Sessel den perfekten Massagestuhl

- Knet-, Roll-, Vibrations- und SWING-Massage in einem Gerät, mit Wärmefunktion
- Passt auf jeden Sitz, rutschfest, leicht verstaubar. Ganzer Rücken- oder gezielte Bereichsmassage

Kombiniert modernste Technik mit traditionellem Wissen. Nur wenn Sie es erlebt haben, werden Sie es glauben: „**Massiert wie die echten Hände!**“ Die tiefwirkende Shiatsu Knetmassage stimuliert und stärkt die Rückenmuskulatur. Die äusserst sanfte Rollmassage regt Blutkreislauf und Lymphdrainage an. Die zuschaltbare, wohltuende Wärmefunktion intensiviert die Tiefenwirkung der Massage noch zusätzlich. Die Vibrationsmassage wirkt muskelentkrampfend und fördert auch die psych. Entspannung. Und mit Swing lässt sich Ihr Chi-Fluss aktivieren und harmonisieren.

Verwendet neueste Technologie, die bisher nur den massiven und schweren Massage-Fauteils vorbehalten war. An Stelle kreisförmig drehender Massageballen kommen hier speziell entwickelte, längliche Dual-Druckpunktachsen zum Einsatz, die sich sich parallel oder asymmetrisch Ihren Rücken entlang winden und so 3D optimal u. authentisch die gefühlvollen Hände und Finger eines professionellen Masseurs imitieren.

**SMARTQ**  
Masse zugeklappt: 68x46x14 cm (LxBxH). Gewicht ohne Adapter: 3,6 Kg  
statt 448.-  
**249.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 229.-**

Gönnen Sie sich Ihren eigenen Privat-Masseur!

- Shiazu Knetmassage: Tiefwirkende Knetmassage über den ganzen Rücken sowie gezielt Schulter- oder unterer Rückenbereich. Oder Sie **navigieren Sie** die Massage genau dort hin, wo Sie es möchten.
- Rollmassage: Äusserst sanfte und angenehme Massage-Technik. Regulierbare Druckverteilung entlang der Wirbelsäule dank variabler Breiten- u. Tiefeneinstellung.
- Swing-Massage: Kombiniert sanfte Knetmassage mit leichten seitlichen Schwingbewegungen. Ihr ganzer Körper wird so analog zu einem Pendel leicht und entspannend in Schwingung versetzt.
- Vibrationsmassage: Individuell zuschaltbare 3-Stufen-Vibrationsmassage (Gesäss).

Inkl. 12V Adapter für's Auto.

Neu: Mehr Tiefenwirkung dank Infrarotwärme





**NEU - Ideal passend: Infrarot Intensiv Klopfmassagegerät**

Die kraftvolle Klopfmassage erreicht auch tiefergelegene Muskel und Gewebeschichten und hilft so schnell und zuverlässig bei Verspannungen und Schmerzen im Muskelgewebe. Dank ergonomischer Form sind mühelos alle Körperteile erreichbar.

statt 169.-  
**109.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 78.-**



**Ideal passend: Intensiv (Shiatsu) Fussreflex-Massage**

Dieses wirkungsvolle Fuss-Reflex-Zonen-Massagegerät stimuliert die Fuss-Reflexzonen. Einfache und authentische Umsetzung der traditionell kräftigen Daumen-Druck-Fussreflexmassage. Mit Wärmefunktion.

statt 269.-  
**129.-** Aktionscode: links  
**nur CHF 89.-**



**links-Spezialangebote: Gutschein/Aktionscode für Bestellungen am Telefon oder im Internet = "links"**

Bei telefonischer Bestellung bitten wir Sie, auf Ihren Aktionscode hinzuweisen. Er lautet: „links“. Bei Bestellungen im Internet erscheint im Verlaufe der Bestellabwicklung ein Fenster, in der Sie gebeten werden, Ihren Gutscheincode einzugeben. Tragen Sie dort bitte als Aktions/Gutscheincode „links“ ein. (Aktion gültig bis Ende April 2013)

Quantität	Artikel:	Farbe:	Grösse:
14-00x-37	Funktionsjacke DANFE (inkl. Fleece & Cap) für 149.-/Set		
14-104-37	Trekkinghose MONAL von BASECAMP für 79.-/Stück	schwarz	
14-404-37	Softshell MAYUR von BASECAMP für 99.-/Stück	schwarz	
12-300-37	LED Ambient Deco Light Ball für 89.-/Stück	weiss	Ø 30 cm
12-330-37	LED Amb.Deco Light Ball ab 3 Stück für 78.-/Stück	weiss	Ø 30 cm
21-015-37	Mobiler Massagestuhl Relax Premium für 229.-/Stück	schwarz	
21-065-37	Intensiv Fussreflexmassager für 89.-/Stück		
21-063-37	Infrarot Intensiv Klopfmassagegerät für 78.-/Stück		

Bestellen Sie schriftlich, telefonisch oder im Internet bei SwissQualified AG, Postfach, 9029 St. Gallen. Ihre Bestellung wird Ihnen bequem per Post nach Hause geliefert und kann 8 Tage lang unverbindlich getestet werden. (Druckfehler vorbehalten. Preise inkl. MwSt., zuzüglich Versand (pauschal 8.50)).

Name / Vorname: Q37-L137

Adresse:

PLZ / Ort:

Tel. / E-Mail:

Datum / Unterschrift:

Bestellungen an: **SwissQualified AG, Postfach, 9029 St. Gallen oder**  
**Tel.: 0848 000 201 Fax.: 0848 000 202 www.sq24.ch**



Ursula Meier-Gründer

Frauenförderung steht im Zentrum des anstehenden Grossratswahlkampfes: Im Bild eine SP-Frauenaktion anlässlich der Nationalratswahlen 2011

## «Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen»!

In einem Jahr finden die nächsten Grossratswahlen statt. Als Verantwortliche für die Suche nach Frauenkandidierenden im Regionalverband Thun bin ich überzeugt, dass wir in der SP-Fraktion die Frauenquote erfüllen können. Als Grossratswahlkampfpräsidentin des SP-Regionalverbands Thun 2010 erinnere ich mich an die vergeblichen Bemühungen, eine quotengerechte Grossratsliste zu präsentieren. Kompetente, engagierte, tolle Frauen jeden Alters wurden angefragt. Die gesundheitlich, persönlich oder beruflich begründeten Nein-Argumente überzeugten mich und so blieb die Quote auf der Strecke – auf 15 Männer kandidierten im Wahlkreis Thun nur 8 Frauen.

Ich erlebte einen engagierten, zeitintensiven und «fägigen» Wahlkampf. Glücklicherweise stellte sich der verdiente Wahlerfolg ein – leider aber nur in unserem Wahlkreis. Im Gegensatz zu allen anderen Regionalverbänden und dem Oberland mit gar zwei Sitzverlusten gewannen wir einen Sitz dazu. Einziger Wermutstropfen: Seit 2006 hat der Wahlkreis Thun keine SP-Frauenvertretung mehr in Bern!

Familie und Beruf zu vereinen entspricht einem Bedürfnis und ist Teil gelebter Gleichberechtigung von Mann und Frau. Familie, Beruf UND Politik zu vereinen verlangt aber einen Spagat, der bis anhin vor allem von uns

Frauen grosse Beweglichkeit erforderte und oft auch zum Stolperstein wurde. Die Kinderbetreuung zu «outsourcen» ist eine gute Lösung, wenn beide Elternteile arbeiten müssen oder wenn ein Elternteil alleinerziehend ist. Der Entscheid, wie sich das Paar organisiert, wie es die Arbeit und die familieninternen Rollen aufteilt, soll diesem überlassen sein. Wahlfreiheit heisst Rahmenbedingungen fördern, die Familien Raum für Entscheidungen lässt. Arbeitgeber sind gefordert, sich zu bewegen und diese Wahlfreiheit zu ermöglichen – auch für Väter!

Meine Überzeugungskraft und mein Engagement richten sich an die Frauen, die bereit sind, den Weg der Gleichberechtigung auch politisch zu gehen. Meine Motivation, das Amt der Kandidierendenverantwortlichen anzunehmen, entspringt der Überzeugung, dass wir bei den Grossratswahlen 2014 mindestens in der SP-Fraktion die Frauenquote erreichen können. Ich wünsche mir, dass meine Prognose ansteckend wirkt. Denn: «Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen»!



**Bettina Joder Stüde** ist freiberufliche Pflegefachfrau Psychiatrie und ehemalige Grossrätin

### SALUT

#### Temps de passer à autre chose

En novembre prochain, la population du Jura bernois devra se prononcer sur son avenir institutionnel. Devrons-nous donner mandat au Gouverne-



ment bernois de créer une constituante pour réfléchir à la formation d'un nouveau canton qui regrouperait le Jura et le Jura bernois? Cette procédure serait de prime abord intéressante et donnerait la

possibilité de créer quelque chose de nouveau, mais elle serait longue et n'aboutirait pas forcément à la création d'un nouveau canton. En effet, l'étude de cette nouvelle entité devra passer à travers plusieurs étapes, dont plusieurs votations populaires et finalement une votation fédérale. Ce processus sera long et surtout coûteux, pour finalement peut-être ne pas aboutir! Est-ce vraiment

ce que la population du Jura bernois désire? Les avantages d'un tel canton auraient déjà sans aucun doute figurés dans les études de l'Assemblée InterJuras-sienne, ce qui n'est pas le cas. D'autre part, qu'advierait-il de la partie romande de la ville de Bienne?

En novembre prochain, il sera temps pour nous de clore cette question et de passer à autre chose. En 2013, le Parti socialiste, que ce soit au niveau cantonal ou régional, doit se concentrer sur les problèmes qui nous préoccupent. Avoir un service public fort et au profit de la population, se battre pour le maintien des transports publics dans notre région, maintenir une école de qualité et garantir un niveau de vie satisfaisant pour tous.

C'est pour ces raisons que le Parti socialiste bernois désire conserver le Jura bernois dans un canton fort et par là, garder ce lien avec les autres cantons romands. La création d'un canton romand fort pourrait se faire, mais à une échelle beaucoup plus grande, en regroupant tous les cantons romands par exemple, mais ça c'est une autre histoire ...

Roberto Bernasconi, député-maire au Grand Conseil, vice-président du PS du canton de Berne

## HOOLIGAN-KONKORDAT

## NEIN zur Stigmatisierung einer Menschengruppe

Schon zu Benthaus' Zeiten besuchte ich die FCB-Spiele im alten Joggeli. Heute haben die Spiele der Rotblauen viele Gesichter:

Fussball – ein Spiel, das begeistert, das Emotionen weckt, das schön ist zum selber Spielen und spannend zum Zuschauen.

Fans – in Basel unterstützen sie die Spieler mit Gesängen und mit teilweise aufwändigen phantasievollen Choreos: ein Genuss! Für einige Fans ersetzt die Fangemeinde die Geborgenheit der Familie, an der es mangelt.

Chaoten und Hooligans – leider gibt es sie immer noch. Sie missbrauchen den Anlass, verhalten sich rechtswidrig und tauchen in der Menge unter.

Polizei – sie hat oft einen schweren Stand, wenn abgemachte Schlägereien unter den Fans stattfinden sollen, wenn im Stadion etwas passiert und der interne Sicherheitsdienst versagt. Sie kann nur ausserhalb der Stadien für Ordnung sorgen.

Vor der Euro 2008 wurden Massnahmen gegen Hooligans getroffen (Rayon-Verbot und präventiver Gewahrsam). Im Jahre 2009 trat Baselland dem sogenannten Hooligankonkordat bei, mit dem diese Massnahmen weiterhin auch auf die nationalen Fussball- und Eishockey-Spiele angewendet werden. Die SP äusserte damals schon ihre Bedenken. Dass nun dieses sogenannte Hooligankonkordat verschärft werden soll, lehnen wir – nach Gesprächen sowohl mit der Fanarbeit als auch mit der Polizei – in unserer Vernehmlassungsantwort entschieden ab.

Die SP Baselland stellt besorgt fest, dass mit der Verschärfung des Konkordats eine Pauschalisierung vorangetrieben wird: Die Besucherinnen und Besucher einer Sportveranstaltung stehen unter Generalverdacht, gewalttätig zu sein. Das darf nicht sein!

Einigen Massnahmen – wie der Bewilligungspflicht oder auch dem Rayon-Verbot – stehen wir durchaus positiv gegenüber. Sie können schon heute umgesetzt werden. Das unveränderliche, verschärfte Konkordats-Paket muss dafür nicht akzeptiert werden. Dieses wirft gravierende rechtsstaatliche Fragen auf und ist in vielen Punkten schlicht unverhältnismässig. Durch die Stigmatisierung der Fans müssen unbescholtene, friedliche Matchbesucherinnen und -besucher Sanktionen erdulden, die nur für eine kleine Minderheit begründbar sind.

Wir sind überzeugt: Im Dialog und in Zusammenarbeit mit Behörden, der Polizei und den Fans können bessere Lösungen gefunden

werden, als sie das verschärfte Hooligankonkordat vorsieht.

Die Vernehmlassungsantwort der SP Baselland ist einsehbar: [www.sp-bl.ch/politik](http://www.sp-bl.ch/politik) > Vernehmlassungen

**Hanny Huggel**  
ist Landrätin  
aus Münchenstein



## HOOLIGAN-KONKORDAT

## Die Tragweite des Konkordats wird

Zurzeit liegt das verschärfte «Hooligan-Konkordat» bei den Kantonsparlamenten. Erstaunlicherweise hielt sich bisher die politische Debatte dazu in Grenzen. Ohne kritisches Nachfragen wurde das Konkordat bereits in vier Kantonen «durchgewinkt». Sich gegen schärfere Gesetze und Auflagen zu stellen, wenn es um Fussball- oder Eishockeyfans geht, scheint nicht populär zu sein. Dabei wäre es wichtig, ein paar Fragen zu stellen: «Sind lückenlose ID-Kontrollen



# es verschärften unterschätzt

an den Stadioneingängen, ein Alkoholverbot ausser im VIP-Sektor, verdachtsunabhängiges (!) Abtasten am ganzen Körper durch private Sicherheitskräfte, ein festgeschriebenes Transportmittel für (alle) Gästefans bei Auswärtsspielen und bis zu drei Jahre dauernde schweizweite Rayonverbote, auch für Bagatelldelikte, wirklich zielführend, um Gewalttätigkeiten effektiv einzudämmen?»

Zurzeit sind in der Hooliganendatenbank (Hoogan) 519 Personen registriert, die mit Massnahmen wie Stadionverbot oder Rayonverbot belegt sind. Tatbestände mit physischer Gewaltanwendung sind in der Minderheit. Zum Vergleich: Pro Saison besuchen über 4,5 Millionen ZuschauerInnen Spiele (200 im Fussball und 500 im Eishockey!) der höchsten Spielklasse im Eishockey und Fussball. Braucht also ein eigentlich klar eingrenzbares Problem ein Gesetz, das in Form einer Kollektivbestrafung Tausende von Eishockey- und Fussballfans mit Massnahmen belegen möchte und diese so unter Generalverdacht stellt? Das oft verwendete Argument, es handle sich hierbei nur um «Kann-Formulierungen», ist trügerisch. Ein neues Gesetz ist an seiner gesamten Tragweite und an den Handlungsmöglichkeiten zu messen. Das verschärfte Hooligankonkordat ist das Ergebnis eines polemischen «Wettrüstens» am Schreibtisch. In der Praxis sind die geplanten Massnahmen kaum mit rechtsstaatlichen Prinzipien der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit und Willkürfreiheit vereinbar und beeinträchtigen unsere Grundrechte stark. Fussballfans aus verschiedenen Kantonen führen deshalb, zusammen mit Tobit Schäfer (SP-Grossrat Basel-Stadt), Beschwerde ans Bundesgericht gegen das vorliegende Konkordat. Politischer Widerstand wächst vor allem in Kantonen, die auf eine gute und unaufgeregte Zusammenarbeit zwischen Verein, Fans, Fanarbeit und Behörden setzen, deren Zielsetzung, eine ausgewogene und von Realitätssinn geprägte «Fan- und Sicherheitspolitik» ist, ohne aus dem Stadion einen Hochsicherheitstrakt zu machen oder die Fankultur mit einer hysterischen Massnahmenpolitik zu ersticken.

**Thomas Gander**  
SP-Grossrat Basel-Stadt



## KOMMENTAR ZUM 11. ECOSY-KONGRESS

# Ein anderes Europa ist möglich!

Klirrende Kälte, gefrorene Seen, strahlende Wintersonne. Während bei uns der Frühling seine Arme ausstreckt, befindet sich Bombersvik inmitten einer Winteridylle. Im Kongresszentrum in der Nähe von Stockholm fand der 11. Kongress der ECOSY statt. Vom 7. bis 10. März besammelten sich rund 300 Delegierte von sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendbewegungen und -parteien aus ganz Europa. Erstmals als Vollmitglied dabei war die JUSO Schweiz, die 13 Delegierte entsenden durfte.

Alles andere als kühl ging es derweil im Kongresszentrum zu: Während drei intensiven Tagen wurden Positionspapiere und Resolutionen diskutiert, modifiziert und verabschiedet, wichtige Ämter neu besetzt und am Ende sogar der Name der Organisation selbst geändert. Aus der «European Community Organisation of Socialist Youth» (ECOSY) wurde die «Young European Socialists» (YES).

Hauptthemen der Debatten waren die Bekämpfung der in vielen Ländern grassierenden Jugendarbeitslosigkeit und eine bessere Koordination der sozialdemokratischen Kräfte in Europa. Der Grundtenor: YES soll bekannter und aktiver werden sowie länderübergreifende Kampagnen anstossen und die Jugend mobilisieren. Ziel ist es, ein soziales, ökologisches und solidarisches, aber auch selbstbewusstes Europa als Alternative zur neoliberal und technokratisch dominier-

ten Wirtschaftsgemeinschaft der Gegenwart zu schaffen.

Auffällig sind die bei der Zusammenarbeit im internationalen Rahmen anzutreffenden kulturellen und politischen Besonderheiten der einzelnen Länder und teilweise sogar Regionen. Während aus den südlichen Ländern und aus Frankreich die Abkehr von der erdrückenden Austeritätspolitik hin zu neuem Wachstum und Arbeitsplätzen die programmatische Kernforderung schlechthin ist, beschäftigen sich die nordischen Länder vor allem mit gesellschaftlichen Liberalisierungen, Gleichstellungspolitik und der Forderung nach einer breiten Bildungsoffensive. Von EU-Skepsis war wenig zu spüren, vielmehr muss von einem starken Bedürfnis nach einer Reorganisation Europas gesprochen werden.

So kontrovers die EU-Frage innerhalb der SP und der JUSO diskutiert wird, so klar ist für die Delegation: Die Musik spielt über die Landesgrenzen hinweg. Auch für uns als Linke ist eine Rückkehr zu den Nationalstaaten keine Option.

**Lukas Wiss**  
Vorstand JUSO Basel-Stadt



### AGENDA SP BASEL-STADT

Freitag, 22. März

#### Ein Wahlkampf – ein Sieg – ein Fest!

Einladung zum Festen von SP, Grüne und BastA! Zum Beginn der neuen Legislaturperiode – mit Band und DJ. Häppchen offeriert – Getränke im Barbetrieb.  
Schleifferei, Solothurnerstrasse 6, 19.30 Uhr

Montag, 25. März

#### Jahresversammlung der BS-Frauen

Refektorium der Elisabethenkirche, Elisabethenstrasse 10, 19 Uhr

Dienstag, 9. April

#### Partei-Vorstandssitzung

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Dienstag, 23. April

#### Jahres-Delegiertenversammlung

Union, Klybeckstr. 95, Achtung: 19.30 Uhr

### AGENDA SP BASELLAND

Freitag, 22. März bis Samstag, 20. April 2013

#### Eric Nussbaumer in die Regierung!

Diverse Aktionen. Details auf [www.sp-bl.ch](http://www.sp-bl.ch)

Samstag, 23. März 2013

#### Nussbaum-Pflanzaktion der Juso

Details unter [www.juso-bl.ch](http://www.juso-bl.ch)

Samstag, 20. April 2013

#### Geschäftsdelegiertenversammlung

14.30 Uhr, Zwingen

Sonntag, 21. April 2013

#### 2. Wahlgang Regierungsratsersatzwahl

#### Eric Nussbaumer in die Regierung!

Sonntag, 21. April 2013

#### Wahlfest

15.30 Uhr, Pfarreisaal Bruder Klaus, Rheinstrasse 20, Liestal

INITIATIVE KEINE SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN

## Eine Frage des Anstands

Die JUSO will mit einer Initiative die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. Die Jungpartei erklärt in der aktuellen links-Ausgabe das schmutzige Geschäft mit Nahrungsmitteln und wie man die Initiative unterstützen kann.

### Das will die Initiative

Infolge der exzessiven Spekulation an den Rohstoffbörsen sind die Preisschwankungen von Nahrungsmitteln in den letzten Jahren immer stärker geworden. Diese bedrohen die Existenz von Millionen von Menschen. Die Initiative will deshalb die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen für in der Schweiz ansässige Firmen verbieten. Das Verbot gilt nicht nur für Banken, sondern für alle Finanzakteure, die mit diesen Produkten handeln. Die Formulierung der Initiative lässt keine Schlupflöcher offen. So wären auch Investitionen über Schweizer Tochterfirmen im Ausland ausgeschlossen. Die Einhaltung des Verbots würde von einer Bundesbehörde überprüft und fehlbare Unternehmen würden direkt bestraft.

### Warum soll ich die Initiative unterstützen?

- Mit Essen spielt man nicht!
- Die Banken sehen Nahrungsmittelspekulation als Geschäftsmöglichkeit, nicht als Armutsfalle für Millionen von Menschen.
- Im Geschäft mit Nahrungsmitteln ist Versorgung das oberste Ziel, nicht der Gewinn.



KEINE  
SPEKULATION  
MIT  
NAHRUNGSMITTELN

- In Verträgen werden 30-mal mehr Nahrungsmittel gehandelt, als real existieren – das ist absurd!
- Global denken, lokal handeln: Ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelspekulation läuft über die Schweiz.

### Wie kann ich die Initiative unterstützen?

- Sofort unterschreiben!
- Überzeuge Arbeitskollegen, Nachbarn und Familienmitglieder, die Initiative zu unterstützen.
- Greif uns mit einer Spende unter die Arme. Auch Kampagnen mit noblen Anliegen kosten eine Stange Geld.

- Hast du ein Konto bei der UBS, CS oder bei der Bank Vontobel? Löse dieses auf. Die genannten Banken betreiben Spekulation mit Nahrungsmitteln.
- Schicke dein Kind in die JUSO, damit er/sie uns sammeln hilft :)

Weitere Informationen zur Spekulationsstopp-Initiative finden sich auf der Homepage der JUSO [www.juso.ch](http://www.juso.ch). Dort können auch Unterschriftenbögen heruntergeladen werden.

Und denke daran: **Jede Unterschrift zählt!**

## Mitglieder der JUSO des Kantons Bern im Originalton

Salome Trafelet



«Ich finde ja schon Aktienspekulation anrühlich. Aber da stehen jeweils noch reale Firmenbeteiligungen dahinter. Nahrungsmittelspekulation hingegen ist reinstes Casino. Es wird auf 30mal mehr Nahrungsmittel spekuliert, als wirklich existieren!»

Simon Heiniger



«Schon unsere Eltern haben uns verboten mit Essen zu spielen. Wenn tonnenweise Mais in Lagerhäusern aufgrund von künstlicher Steigerung von Preisen verrottet, ist das nur bestialisch.»

Julián Rodríguez



«Wenn der Weizenpreis um 50 Prozent steigt, wird mein Weggli vielleicht 10 Rappen teurer. Auch als armer Gymeler ist das nicht viel. Bei der Familie in einem Entwicklungsland reicht nun aber das Geld nicht mehr aus, um genügend Brot zu kaufen. Ich fühle mich verantwortlich, Nahrungsmittelspekulation zu bekämpfen.»



Bei der «Yanachocha»-Mine in Peru, von wo die Tessiner Raffinerie Valcambi SA ihr Gold bezieht, wurden an einer Demonstration fünf Menschen getötet.

# Dreckige Geschäfte mit Gold

**Multinationale Bergbaukonzerne bauen in ihren Minen oft gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerungen Gold ab. Der Goldabbau verschmutzt die Umwelt und entzieht den Einheimischen die Lebensgrundlage. Die Schweiz spielt im Goldgeschäft eine zentrale Rolle, sie muss ihre Verantwortung endlich wahrnehmen.**

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele Anleger Teile ihrer Vermögen ins sichere Gold verschoben. Die Folge davon: Der Goldpreis liegt mit derzeit knapp 1600 US-Dollar pro Feinunze weit über dem langjährigen Durchschnitt. Der rekordhohe Goldpreis macht das Goldabbau-Business zu einem guten Geschäft – und zu einem der schmutzigsten Rohstoffgeschäfte überhaupt. Multinationale Bergbaukonzerne nehmen wenig Rücksicht auf die örtliche, oft indigene Bevölkerung, wenn sie das grosse Geschäft wittern. Immer wieder kommt es im Zusammenhang mit dem Goldabbau zur Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung und zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

## Die Schweiz spielt eine zentrale Rolle

Mindestens ein Drittel des weltweit geförderten Goldes wird in einer der vier Schweizer Gold-Raffinerien verarbeitet. Kein anderes Land führt jährlich so viel Gold ein und aus wie die Schweiz. Der Finanzplatz Zürich mit seinen international tätigen Banken ist neben London nach wie vor der wichtigste Goldumschlagplatz. Zudem befinden sich in der Schweiz weltweit führende Hersteller von Lu-

xusuhren und Schmuck. Die Schweiz ist der wichtigste Player in der Goldverarbeitung und im Goldhandel.

Auch «schmutziges Gold» landet immer wieder in der Schweiz. Die Tessiner Raffinerie Valcambi SA beispielsweise verarbeitet Gold aus der Newmont-Mine «Yanachocha» nahe der peruanischen Stadt Cajamarca (Bild). Dort wurden im vergangenen Juli an einer Demonstration fünf Menschen getötet, die sich gegen die Erweiterung der Mine und damit gegen die weitere Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wehrten. Wie Recherchen des «Weltspiegels» des deutschen Fernsehsenders ARD ergaben, handelte die örtliche Polizei im Auftrag des Minenunternehmens.

Laut «SonntagsZeitung» verarbeiten sowohl die Tessiner Raffinerie PAMP SA als auch die Neuenburger Goldschmiede Metalor SA Gold aus teilweise illegalen Abbaugeländen im peruanischen Madre de Dios. Beim Goldabbau in Madre de Dios gelangen Unmengen von Quecksilber in die Umwelt – das gefährdet nicht nur die Gesundheit der Goldschürfer, sondern auch die der ansässigen Bevölkerung. Und: Metalor verarbeitet auch Gold aus La

Rinconada, einer peruanischen Goldschürferstadt im Anden-Departement Puno. Das Gold-Business hat in der wirtschaftlich armen Region die Prostitution und den Menschenhandel mit Minderjährigen gefördert, wie selbst die peruanische Polizei kürzlich in einem Bericht festhielt.

## Mehr Transparenz und ein Importverbot

Das Geschäft mit Gold ist ein schmutziges Geschäft und Schweizer Firmen mischen kräftig mit. Die Schweiz hat als weltweit wichtigste Drehscheibe im Goldhandel eine besondere Verantwortung. Massnahmen, die nur auf Freiwilligkeit der Unternehmungen beruhen, wie zum Beispiel die «Better Gold Initiative», genügen nicht, um «schmutziges Gold» zu bekämpfen. Als Erstes braucht es mehr Transparenz: Die Konsumenten oder die Anlegerinnen sollen wissen, woher das Gold für ihren Ring, ihre Uhr oder ihren Goldbarren kommt und unter welchen Bedingungen es abgebaut wurde. Die Herkunft des Goldes muss also rückverfolgbar sein. Zudem soll die Schweiz ein Importverbot für schmutziges Gold erlassen – also für Gold, das unter Missachtung von Umweltstandards und Menschenrechten abgebaut wurde. Die Schweiz verfügt dank ihrer Marktstellung auch über die nötige Macht, durch die Ächtung von «schmutzigem Gold» das Goldbusiness insgesamt sauberer zu machen.



**«No dirty Gold!» – Die Schweiz steht in der Verantwortung! Unterschreibe jetzt die Petition auf [www.gfbv.ch/gold](http://www.gfbv.ch/gold)**

Cédric Wermuth  
ist Nationalrat AG



## KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und  
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

## Es gibt noch viel zu tun

Geld, Budget, Rechnung, Sparen, Defizit, Gewinn – Frauen wird oft sehr stereotyp nachgesagt, sie gäben zu viel Geld aus, verstünden nichts von Finanzen und würden sich auch nicht dafür interessieren. Weit gefehlt! Wohl genauso viele Frauen wie Männer kümmern sich um das Haushaltsbudget oder die Hypothek, sind in der Finanzbranche oder der Buchhaltung beruflich oder ehrenamtlich tätig. Wobei gerade in der Finanz- und Bankenwelt die Lohnunterschiede am grössten und die gläsernen Decken am dicksten sind.

Auch die SP Frauen streckt sich immer wieder nach der Decke, wobei diese mit dem Budget der SP Schweiz klar vorgegeben ist. Unser Anteil am Gesamtkuchen der SP Schweiz reicht allerdings nur gerade für das Notwendigste. Wie aber unsere Mitgliederumfrage (vgl. «links» 133) gezeigt hat, gibt es für uns in den kommenden Jahren einiges zu tun: Aufgrund der Rückmeldungen werden wir die Webseite auffrischen, neue Kampagnen durchführen (unter anderem gegen die Abtreibungsinitiative und für die Umsetzung der seit Jahren eingeforderten Lohngleichheit), die neu eingesetzte AG Gleichstellung begleiten und verschiedene Veranstaltungen organisieren.

Es wird sich also einiges bewegen in den nächsten Jahren und wir wollen dafür sorgen, dass die SP Frauen zu einer einflussreichen politischen Organisation mit einer starken Bewegung heranwächst. Das geht nicht von heute auf morgen – und dazu braucht es natürlich auch die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen. Ja, ihr habt es gemerkt: Die SP Frauen braucht Geld. Unsere Projekte für die kommenden Jahre brauchen Sponsorinnen und Sponsoren, Spenderinnen und Spender. Wir sind für jeden Franken dankbar und jeder Rappen zählt! Wer in die Zukunft der SP Frauen investieren will, zahlt auf das PC-Konto 30-28039-3 ein und macht einen Vermerk «SP Frauen» (ganz wichtig!). Ich bin mir sicher: Wir werden in den kommenden Jahren viel bewegen – gemeinsam mit euch! Vielen Dank für die Unterstützung.

## Kein Wandel in Sicht

Die Gleichstellung der Geschlechter liegt in der Schweiz in weiter Ferne. Nach der verlorenen Abstimmung über den Familienartikel hilft nur konkretes Handeln.

Die Geschlechtertrennung in der Wirtschaft bleibt allgegenwärtig. Es gibt in der Schweiz für Frauen keine pragmatischen Lösungen, um die strukturellen Hindernisse in den Unternehmenskulturen zu überwinden. Ich denke dabei an Alterslimiten für die Besetzung von Führungsfunktionen oder die Unmöglichkeit, zeitlich befristet die Arbeit zu unterbrechen oder zu reduzieren.

Diese Probleme sind nicht einfach die Überbleibsel einer patriarchalen Gesellschaft. Die Ungleichheiten ergeben und verfestigen sich im Schatten des Wirtschaftswandels und neuer Arbeitsformen. Ein Beispiel gefällig? Frauen verdienen im Schnitt 18,4 Prozent weniger als Männer. Das heisst: Eine Arbeitnehmerin muss 66 Tage länger arbeiten, um denselben Jahreslohn wie ihr Kollege zu erhalten. Dieser Unterschied vergrössert sich bei steigender Hierarchiestufe noch, was mit den jährlich ausbezahlten Boni zu tun hat, die immer normaler und immer unermesslicher werden. Der Anteil solcher flexibler Lohnbestandteile steigt seit 1998 kontinuierlich an und wird heute an 30 Prozent der Angestellten ausbezahlt. Dabei beträgt der durchschnittliche Bonus 13899 Franken für Männer und 4846 Franken für Frauen.

Dies alles bedeutet, dass die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern in den kommenden Jahren noch zunehmen wird. Es existieren Instrumente, um die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen: der Lohnrechner LOGIB oder Behördenkontrollen. Seit 2009 hat der Bund zudem mit den Sozialpartnern den Lohngleichheitsdialog ins Leben gerufen, um die Unternehmen zu motivieren, ihre Löhne überprüfen zu lassen. Jedoch haben sich seither nur gerade 32 Unternehmen davon überzeugen lassen, dass dies eine gute Idee ist.

## Vorbild Norwegen

Die nordischen Länder zeigen auf, dass es für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter proaktive Massnahmen in der Arbeitswelt, bei den sozialen Rechten und in der Familie braucht. Die ganze Entwicklung der nordischen Gesetzgebung zeigt, dass es nicht die Gesetze gegen Diskriminierung sind, die die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter fördern, sondern umfassende politische Massnahmen, die ganz konkret die Gleichstellung herstellen. So unterscheidet sich Norwegen seit der Einführung der Frauenquote in Verwaltungsräten 2006 von anderen Ländern durch eine hohe Anzahl an Verwaltungsrätinnen. Das Land hat zudem einen generellen Mindestlohn und flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen eingeführt. Männer haben Anspruch auf einen Vaterschaftsurlaub von sechs Monaten. Zudem werden Paare bezüglich Steuern und Sozialversicherungen gleich behandelt: Das heisst, jede Person wird einzeln besteuert, während ein Paar sich eine Elternversicherung teilt.

Nach der verlorenen Abstimmung über den Familienartikel, der zwischen Konservatismus und Untätigkeit unter die Räder kam, müssen wir uns daran erinnern, dass nur konkretes und entschiedenes Handeln zur Ausradierung der Diskriminierung zwischen den Geschlechtern führt. Die zögerliche Haltung der heutigen Politik trägt dazu bei, dass sich die Situation verschlimmert.

Cesla Amarelle ist Nationalrätin VD  
und Vizepräsidentin der SP Frauen Schweiz



SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier am Equal Pay Day vom 7. März auf dem Bundesplatz.



# Tobins geniale Idee

**Während in der EU elf Staaten eine Finanztransaktionssteuer einführen, tut sich die Schweizer Politik mit dieser Idee noch sehr schwer.**

Nach den Erfolgchancen einer Finanztransaktionssteuer befragt, antwortete der Vater der Idee, der US-Ökonom James Tobin, kurz vor seinem Tod im März 2002: «Keine Chance, fürchte ich. Die entscheidenden Leute in der internationalen Finanzszene sind dagegen.» Leider ist es dem Nobelpreisträger nicht mehr vergönnt mitzuerleben, wie seine Steuer nun politische Mehrheiten findet.

Mitte Februar stellte nämlich die EU-Kommission die konkrete Vorlage für eine Mindeststeuer auf Geschäfte mit Aktien, Obligationen, Derivaten und die übrigen Finanzinstrumente vor. Diesen ersten Schritt wagen 11 Mitgliedstaaten der EU – darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Einige dieser Staaten wollen die Steuer, die mindestens 0,01 Prozent des Kauf- und Verkaufspreises bei Derivaten und 0,1 Prozent bei allen übrigen Finanzinstrumenten betragen soll, bereits auf Anfang 2014 einführen. Zusätzliche Steuereinnahmen von 34 Milliarden Euro locken, was trotz verschiedener Unwägbarkeiten als eher konservative Schätzung gilt.

Die Argumente für das Vorhaben sind so simpel wie einleuchtend: Die Banken kommen steuerlich besser weg als alle übrigen Branchen, weil sie aus technischen Gründen nicht der Mehrwertsteuer unterliegen. Kommt hinzu, dass sie die grosse Finanz- und Wirtschaftskrise massgeblich verursacht haben, anschliessend mit Milliardenpaketen gerettet werden mussten. Für diese Kosten kommen sie nicht auf, aber schütten bereits wieder üppig Boni an Manager und Händlerinnen aus.

Dass es in Europa nun plötzlich klappen soll, grenzt an ein kleines Wunder, denn bis vor zwei Jahren stiess das Vorhaben der Transaktionssteuer in Brüssel auf wenig Gegenliebe. Zwar lancierten die europäischen Sozialdemokraten (SPE) im Frühling 2010 eine öffentliche Kampagne, an der sich auch die SP Schweiz beteiligte. Aber erst wenige PolitikerInnen anerkannten damals das Potenzial dieser Steuer.

In der Finanzwirtschaft lief man Sturm – und malt auch heute noch den Teufel an die Wand. Gerne wird argumentiert, dass die Steuer nur weltweit eingeführt werden könne – oder gar

nicht. Natürlich im Wissen, dass ein solcher globaler Schritt nicht zu schaffen ist. Es ist im Übrigen auch das zentrale Argument des Bundesrates auf entsprechende Vorstösse der SP in National- und Ständerat: «Eine Finanztransaktionssteuer würde höchstens dann Sinn machen, wenn sie global eingeführt würde.»

Wiederholt hat die SP den Bundesrat aufgefordert zumindest zu prüfen, ob die Schweiz sich nicht an den europäischen Plänen beteiligen könnte. Aber nicht einmal einen Bericht über die Konsequenzen einer Transaktionssteuer in den europäischen Nachbarstaaten halten die bürgerlichen Parteien und der Bundesrat für angebracht oder notwendig.

Versenkt wurde im Ständerat auch ein Postulat, das Christian Levrat Ende 2012 eingereicht hatte, weil sich immer klarer abzeichnete, dass in der EU die Steuer kommen würde. Von bürgerlicher Seite hatte man auch in der «chambre de réflexion» nur Spott und Polemik übrig: «Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.» Und es wurde lautstark und dreist behauptet, es fehlten die «finanzpolitischen Gründe» für diese Steuer, obwohl das nächste Abbauprogramm des Bundes bereits aufgegleist ist.

Diese Ignoranz ist ein weiterer Grund für die SP nicht klein beizugeben und stattdessen eine Volksinitiative zu prüfen, die eine mit Europa koordinierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Schweiz ermöglichen würde. Damit hätten die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort, ob über vierzig Jahre nach Tobins genialem Einfall auch in der Schweiz etwas «Sand ins Getriebe der Finanzmärkte» gestreut werden darf. Schliesslich lassen sich so nicht nur schädliche Spekulation und sinnloser Sekundenhandel bremsen, sondern als angenehme Nebenwirkung auch mehrere Milliarden Steuereinnahmen generieren.

**Stefan Hostettler**  
ist politischer Fachsekretär  
der SP Schweiz,  
zuständig für Wirtschafts-  
und Finanzfragen



## Jobgarantie für junge Menschen

Keine junge Frau und kein junger Mann soll länger als vier Monate ohne Beschäftigung oder Bildung sein. Das verkündete die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) beim Start ihrer Jugendkampagne «Your future is my future» im vergangenen Mai. Nun ist Europas Jugend diesem Ziel ein gutes Stück näher gerückt, denn die Sozialministerinnen und Sozialminister der EU beschlossen am 28. Februar die EU-weite Einführung der «Youth Guarantee».

Das ist ein grosser Erfolg für Europas Sozialdemokratie: Die «Jugend-Garantie» ist die Hauptforderung, die aus dem Arbeitspapier einer SPE-Arbeitsgruppe zur Jugendarbeitslosigkeit hervorging, an der auch die SP Schweiz mitwirkte. «Jugend-Garantie» bedeutet, dass die Staaten dafür zu sorgen haben, dass jede junge Frau und jeder junge Mann nach vier Monaten ohne Beschäftigung Anspruch hat auf eine Arbeitsstelle, eine Weiterbildung oder eine weiterführende Ausbildung. Angesichts einer europaweiten Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent respektive über 50 Prozent in einzelnen Ländern ist das ein ehrgeiziges Ziel. Die Sozialministerinnen und Sozialminister lassen es aber nicht bei einer Aufforderung an die Mitgliedstaaten zur Gewährleistung der «Jugend-Garantie» bewenden. Sie unterstützen die Regierungen zusätzlich mit sechs Milliarden Euro aus dem EU-Budget.

Jobgarantien für junge Menschen gibt es in den skandinavischen Ländern seit längerem. Mit dem Entscheid soll die Hauptforderung aus der SPE-Kampagne «Your future is my future» nun europaweit erfüllt werden. Politischer Druck der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas machte diesen Durchbruch möglich. Ausser der «Jugend-Garantie» fordert die SPE weitere Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa, so beispielsweise auch die Einführung eines dualen Bildungssystems mit einem universitären und einem betrieblichen Bildungsweg, wie es bereits in der Schweiz, in Österreich, Deutschland und den Niederlanden funktioniert.

*Mehr Informationen zur SPE-Kampagne und zur Jugend-Garantie finden sich unter [www.pes.eu](http://www.pes.eu) und [www.youth-guarantee.eu](http://www.youth-guarantee.eu). Das Arbeitspapier der SPE-Arbeitsgruppe kann heruntergeladen werden unter [www.youth-guarantee.eu/campaign\\_documents](http://www.youth-guarantee.eu/campaign_documents).*

**Anna Sax** ist Ökonomin  
und Beraterin für Sozial- und  
Gesundheitspolitik



# Die Würfel fallen, der Zufall

Anne Cuneo

*Auch wenn die Welt überrascht ist, in Panik gerät ob den Finanzkrisen, als kämen diese aus heiterem Himmel – es ist eben ein sich wiederholender Mechanismus, der dem Finanzsystem, in dem wir leben, inhärent ist. Und der Schaden, den die Börse anrichtet, wird schon lange in der Literatur beschrieben.*

**Georges Darien**

Nehmen wir zum Beispiel Georges Darien. Im Jahr 1897 schrieb er:

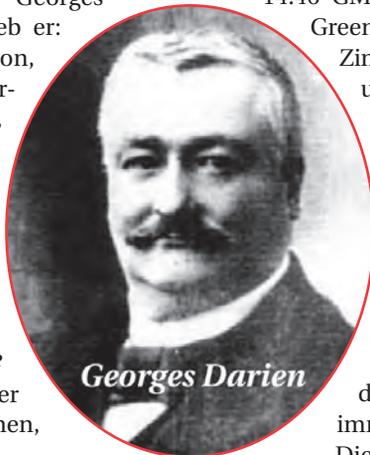
«Die Börse ist eine Institution, wie die Kirche, wie die Kaserne: Schimpft man über sie, gilt man als Störenfried. Die Scharlatane, die dort zu Werke sind, sind furchtbare Taugenichtse. Aber wie soll man schlecht über sie sprechen, wenn diejenigen, die auf sie hereinfliegen, noch weit schändlicher sind? Das Spiel (an der Börse) ist der Versuch, etwas zu bekommen, für nichts ...»

Und weiter: «Wenn man bedenkt, (...), dass diese Papiere für so viel Geld stehen, für so viel Arbeit, so viel Leiden!... Aber das kümmert Euch nicht. Ihr seid nicht sentimental. Ihr bestehlt alle, grad wie Eure Gabel sticht. Es muss doch Geld geben, das eklig ist, sogar zum Stehlen ... Ja, meine Freunde, diese Papiere stehen noch für etwas Weiteres, sie stehen für unsere zivilisierte Welt. Die heutige Welt ist nämlich, im kleinen wie im grossen, eine Anonyme Gesellschaft. Aktionäre, die nichts wissen und übertölpelt werden, Verwaltungsräte, die die Arme verschränken und am Rand unterschreiben, Strohmänner, die herumgehen und niemand weiss wieso, und dann all die Fäden, die Marionetten bewegen, die an verborgenen Händen hängen ...»

Und schliesslich die Lehre aus diesen Beobachtungen: «Sehen Sie, es gibt nur eine öffentliche Meinung: die der Börse. Jeden Tag gibt sie ihre Einschätzung ab. Lesen Sie Ihre Quote, selbst wenn Sie gerade aus dem Straflager kommen. Dann wissen Sie, was man über Sie denkt.»<sup>1</sup>

**Michael Ridpath**

Hundert Jahre später sagt Michael Ridpath, ein ehemaliger Börsenmakler am Londoner Stock Exchange, der heute Schriftsteller ist, in seinem Roman «The Marketmaker» nichts anderes: «Ich hoffe, Du verstehst die Märkte besser als damals Platon.» – «Es ist genau dasselbe.



Georges Darien

Schatten an der Höhlenwand. Das wirst Du bald merken.»

Ein anderer Roman Michael Ridpaths, «Trading Reality», beginnt so: «Es hat nicht viel gebraucht, um zwanzig Milliarden Dollar vom Obligationenmarkt verschwinden zu lassen. Ein kleiner Satz hat genügt. Ein paar Wörter, gleichzeitig an alle Bildschirme aller Transaktionssäle der Welt gesandt: «12. April, 14.46 GMT. Der Präsident der Fed, Alan Greenspan, warnt, die amerikanischen Zinssätze seien «ungewöhnlich tief und würden demnächst erhöht.»

Im Transaktionsaal wird die Nachricht bald hysterisch mit «Verdammt, hast Du DAS gesehen?!», bald wütend mit «Was für ein Spiel spielen die eigentlich?», bald leise mit «Scheisse» aufgenommen.

Ich lege den Kopf in die Hände und zähle bis zehn. Ich öffne die Augen. Die Nachricht steht immer noch da. Panik herrscht.

Die Leute schreien sich am Telefon die Seele aus dem Leib, beschimpfen sich gegenseitig. Etienne, Handelschef bei Harrison Bros und mein Chef, brüllt den Leiter Termingeschäfte (Futures) an, alles zu verkaufen, was er kann, egal zu welchem Preis. Die Telefone blinken so wild wie die Lichtshow in einer Disco. Es waren eingehende Anrufe von Kunden mit dem Auftrag zu verkaufen, verkaufen, verkaufen. Die Verkäufer hielten ihre Mikros zu und fragten die Makler, wie viel sie denn bieten würden für die Titel der Kunden. Aber die Makler waren nicht interessiert. Sie mussten sich erst um ihre eigenen Positionen kümmern.(...)

«Wie viel haben wir verloren?» Ich schaute auf meinen Bildschirm. Die anfängliche Panik artet in ein Debakel aus. Die amerikanischen Langzeitalobligationen mit 33-jähriger Laufzeit, die sogenannten long bonds, hatten bereits zwei Punkte eingebüsst. Ich schielte zu Greg, unserem Treasury-Bond-Spezialisten. Ich wusste, dass er auf 120 Millionen solcher long bonds sass. Frenetisch telefonierte er herum und versuchte, einen Teil seiner Titel anderen Maklern zu verkaufen. Auch die deutschen, französischen und englischen Titel befanden sich nun im freien Fall. Kein Zweifel, der Markt war überrascht worden. «Wir haben

2,4 Millionen verloren seit gestern abend», sagte Ed. 2,4 Millionen! Fast zwei Monate Gewinn in zehn Minuten verpufft!»<sup>2</sup>

**Fjodor Dostojewski**

Diese Beschreibungen erinnern an eine berühmte Passage bei Dostojewski – das Bild, das er von Spielern zeichnet, erinnert frappant an das eines Börsianers: «Heute ist es vielleicht schon zu spät, aber morgen ... Oh, ich habe eine Vorahnung – und es kann gar nicht anders sein ... Ich habe 15 Louis, und angefangen hatte ich mit 15 Gulden! Wenn ich vorsichtig bin, und ich bin ja schliesslich kein Kind mehr, da kann es nicht ... Ach! Ich verstehe also selber nicht, dass ich verloren bin! Aber wer hindert mich daran, mich zu retten? Vernunft, Geduld, und ich bin gerettet ... Ich muss nur einmal standhalten, und schon kann ich, in nur einer Stunde, mein Schicksal wenden. Charakter muss man haben, das ist wichtig ...

Ach! Ja! Charakter habe ich diesmal bewiesen ...! Ich habe alles verloren, was ich besass ... (...) In meiner Westentasche finde ich noch einen Gulden. «Genug für ein Abendessen», sagte ich mir. Aber ich war noch keine hundert Meter gegangen, da zog es mich zurück in den Spielsalon. Ich setzte meinen Gulden auf «Niedrig», und es ist wirklich etwas Besonderes: Ein einsamer Mann, fern der Heimat, fern von seinen Freunden und nicht wissend, ob er heute noch essen wird, riskiert

seinen letzten Gulden, den allerallerletzten! Ich habe gewonnen, und zwanzig Minuten später verliess ich das Lokal mit 170 Gulden in der Tasche. Tatsache! Mein letzter Gulden! Was wäre aus mir geworden, hätte es mir an Mut gefehlt?»<sup>3</sup>

**Gegenwart**

Eine kurze Suche erlaubt die Feststellung, dass sich in letzter Zeit die Herstellung von Parallelen zwischen Börse und Glücksspiel häuft. Einige Beispiele unter vielen.

Wir stellen zunächst fest, dass auf der schlichten Ebene des Vokabulars die Sprache des Casinos wieder Einzug hält: In französischen Zeitungen oder am Radio ist von «casinotier» die Rede. Der Begriff wurde in den 80er-Jahren geprägt, um einen Casinobesitzer zu bezeichnen. Heute wird er auf Industrielle angewendet, die Konkurs anmelden oder die Produktion delokalisieren.



Michael Ridpath

# bleibt

Ein weiteres Beispiel, einer Veranstaltung zu Ehren Alexander Solschenizyns entnommen, bei welcher André Glucksmann eine Rede hielt: «Grosse Denker haben verstanden, dass Besitz kein Selbstzweck ist, dass er vielmehr höheren Prinzipien gehorchen muss (...) Sonst verdirbt der Besitz das Leben der Menschen und wird zum Anlass für Härte und zum Instrument der Unterdrückung anderer», so sprach er in seiner Rede in Liechtenstein, einem der Länder, die als Safe dienen in dieser Casino-Wirtschaft, welche das Sein dem Haben opfert.<sup>4</sup>

Es ist interessant festzustellen, dass das Bild des Casinos nicht nur auf die Börse angewendet wird.

Hier ein Beispiel aus einem Text, der Überlegungen zu Büchern anstellt. «Diese Verleger wissen genau, dass der Geschmack des Publikums veränderlich, wechselhaft und unmöglich vorherzusagen ist, selbst wenn man im Kaffeesatz liest. Was tun sie? Das Gleiche wie ich an ihrer Stelle täte. Sie spielen Casino. Sie legen auf die grünen Teppiche der Buchhandlungen so viele Titel wie irgend möglich, genau so wie ein Spieler so viele Jetons wie möglich setzt. Dann dreht das Rad, die Kugel des Publikums fällt auf Gavalda, Nothomb oder Levi. Die Verleger sagen alle, statistisch sei es, wie im Casino, möglich, den ganz grossen Coup mit nur einem Bestseller zu landen.»<sup>5</sup>

Das sind nur einige Beispiele, die Leser können gewiss weitere hinzufügen. Da ist es nur ein Schritt zum Gedanken, unser ganzes Leben werde von Spekulationen gelenkt; diejenigen, die das Geld der Bürger dieser Welt verwalteten, hätten vergessen, für die Frauen und Männer, die ihnen diese Verantwortung übertragen haben, zu arbeiten. Die Spekulanten agieren nur, um mit ihrem Würfelspiel Geld zu vermehren, das anschliessend in Safes gehortet wird, auf Nummernkonti, oder das in Spekulationen als Einsatz dient, wo man in wenigen Augenblicken (wie der Spieler bei Dostojewski, wie der Erzähler bei Michel Ridpath) spielt und verliert – und zwar mit dem Geld der anderen.

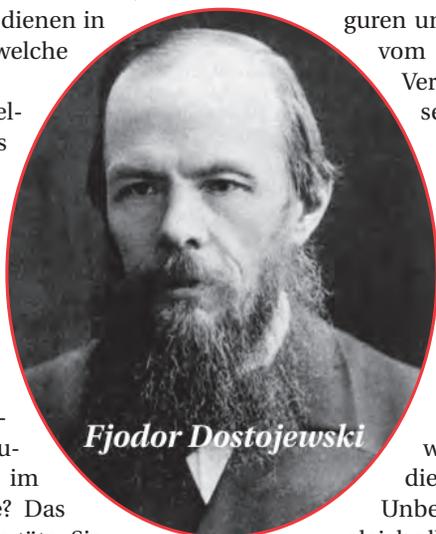
Da ist man meilenweit weg vom «Geldspiel für das Gemeinwohl»: Wer immer versucht, etwas Solides aufzubauen auf spekulativem

Grund, der verkennt einen Faktor, den der Dichter Stéphane Mallarmé benannt hatte: Niemals kann mit solchen Unsicherheiten fest gerechnet werden, denn «niemals wird der Wurf eines Würfels den Zufall aufheben».

## Krise? Es lebe die Kultur! ...

Im gegenwärtigen Finanzchaos ist das Kunstwerk ein Fels in der Brandung und eine Investition in die Zukunft. Alle Wirtschaftsaguren und Finanzhellseher sollten vom hohen Ross steigen, ihre Verachtung ablegen und einsehen, dass die Kultur keine Extravaganz ist und keiner Luxuslaune entspringt, sondern vielmehr unsere Strategie darstellt, unsere Kriegskasse, unsere neue Grenze. Lasst uns, gegen die Kurzsichtigkeit, gegen die Karikaturen, gegen die fahrlässige Lockerheit, die Wahrheit wiederherstellen! Lasst uns die Wirklichkeit wagen! Das Unbezifferbare beziffern, ohne gleich alles zu verfinanzieren! Lasst uns den Dringlichkeitszustand ausrufen! Lasst uns so unser Überleben sichern, unsere epische Geschichte, unsere Wiedergeburt! Unsere konkrete Zukunft. Heute und morgen. (Übersetzung aus dem Französischen: Séverine Vitali)

Grund, der verkennt einen Faktor, den der Dichter Stéphane Mallarmé benannt hatte: Niemals kann mit solchen Unsicherheiten fest gerechnet werden, denn «niemals wird der Wurf eines Würfels den Zufall aufheben».



Fjodor Dostojewski

Grund, der verkennt einen Faktor, den der Dichter Stéphane Mallarmé benannt hatte: Niemals kann mit solchen Unsicherheiten fest gerechnet werden, denn «niemals wird der Wurf eines Würfels den Zufall aufheben».

Die Schriftstellerin Anne Cuneo ist langjähriges Mitglied der SP Zürich 1+2.

Dieser Text erschien in der Zeitschrift «CultureEnJeu» Nr. 20/2008, im Dossier «Le jeu en vaut la chandelle», [www.cultureenjeu.ch](http://www.cultureenjeu.ch)

<sup>1</sup> Georges Darien, *Le Voleur*, 1896 collection Folio Classique Gallimard, Paris

<sup>2</sup> Michael Ridpath, *The Marketmaker*, Londres, 1998, und *Trading Reality*, Londres, 1996 (die Passagen sind von Anne Cuneo ins Französische, von der Übersetzerin aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt). Empfehlenswert sind auch die Bücher von Stephen Frey, der eine Bank leitet. Seine Bücher spielen meist in der Finanzwelt, einige sind auf Französisch übersetzt worden (und auf Deutsch, Anm. d. Übers.)

<sup>3</sup> F. Dostojewski, *Le Joueur*, traduit par E. Helpérine, Paris, 2003 (Der Spieler, Abschnitt der französischen Übersetzung von E. Helpérine ins Deutsche übersetzt)

<sup>4</sup> Von Daniel Riot zitiert in *Relatio Europe*, August 2008

<sup>5</sup> Stéphane Schatterman, *La République des livres*, Juli 2008

## Schritt hin zur Energiewende

Der Nationalrat machte in der zweiten Sessionswoche einen wichtigen Schritt in Richtung Energiewende: Dank einem Massnahmenpaket soll die Solarenergie endlich auch in der Schweiz stärker gefördert werden. Dank diesem Durchbruch können in den nächsten drei Jahren rund 15 000 kleine Solaranlagen gebaut und rentabel betrieben werden. Damit wird so viel Strom produziert, dass problemlos ein AKW abgeschaltet werden kann. Der Wermutstropfen: In der gleichen Woche lehnte der Nationalrat die Cleantech-Initiative der SP ab, welche mit einer konsequenten Förderung der erneuerbaren Energien 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen will.

## Petition: Krankenkassenprämien

Ende Januar entschied die Gesundheitskommission des Ständerats, auf eine Rückerstattung jener Krankenkassenprämien zu verzichten, welche zu viel bezahlt wurden. Auf diesen Entscheid hin beteiligten sich mehrere SP-Kantonalparteien an einer Petition der Organisation AVIVO. Innerhalb nur fünf Wochen wurden über 55 000 Unterschriften gesammelt und der Bundeskanzlei übergeben.

## Referendum: Tankstellenshops

Das Referendum gegen den 24-Stunden-Verkauf in Tankstellenshops ist in Rekordzeit zustande gekommen. In nur zwei Monaten sammelte eine breite Allianz aus SP, Grünen, Gewerkschaften und kirchlichen Kreisen 60 000 Unterschriften. Die SP sowie weitere Mitglieder der «Sonntagsallianz» werden die Unterschriften am 3. April bei der Bundeskanzlei in Bern einreichen. Im Parlament sind jedoch weitere radikale Vorstösse hängig. Der jüngste will den 24-Stunden-Arbeitstag im Schweizer Detailhandel einführen – 7 Tage die Woche. Begründet wird der Vorstoss damit, dass Tankstellenshops auch länger offen halten können.

## Einreichung: Erbschaftssteuer

Zusammen mit EVP, Grünen und Gewerkschaften hat die SP über 111 000 gültige Unterschriften für die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» bei der Bundeskanzlei eingereicht.



# WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

# 62

## Care, Krise und Geschlecht

Feministische Positionen zur Wirtschaftskrise; Krisenpolitik in Nord und Süd; Staatsfinanzen, Haushaltsökonomie und Geschlechtergerechtigkeit; Haus- und Betreuungsarbeit; Gesundheitsversorgung in Polen; Migration und Prekarität; Care-Syndrom und Sorge für Andere; Gender und Macht im südlichen Afrika

L. Fankhauser, C. Michel, S. Razavi, K. Mader, E. Charkiewicz, M. Amacker, S. Schilliger, U. Knobloch, C. Wichterich, A. Sancar, F. Müller, F. Haug, C. Ehrwein Nihan, G. Notz, R. Schäfer

## Diskussion

A. Demirovic: Hegemonialer Neoliberalismus?  
T. Soiland: Lacan und Marx  
F.O. Wolf: *Das Kapital* neu lesen  
S. Kerber-Clasen: Solidarische Ökonomie

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

## MEDIENTAGUNG VON SP SCHWEIZ UND SYNDICOM

Freitag, 19. April 2013, Bundeshaus Bern, Zimmer 286

### PROGRAMM

- 13.15 Begrüssung
- 13.30 Quintessenz von Hans-Jürg Fehr aus dem Diskussionspapier  
**Für ein demokratiegerechtes Mediensystem**, erarbeitet von der  
Arbeitsgruppe Medien der SP Schweiz
- 13.45 **Übersicht und Einschätzung verschiedener Instrumente der  
Presseförderung im Ausland**. Referat von Manuel Puppis, Ober-  
assistent in der Abteilung «Medien & Politik» am IPMZ – Institut für  
Publizistikwissenschaft und Medienforschung Universität Zürich.
- 14.15 **Erfahrungen mit der Presseförderung in Österreich**. Referat von  
Hannes Haas, Professor für Journalismusforschung an der Fakultät  
für Sozialwissenschaften am Institut für Publizistik- und Kommuni-  
kationswissenschaft, Universität Wien.
- 14.45 Kommentare zum Diskussionspapier: Nick Lüthi, Medienwoche,  
Dozent MAZ; Christian Campiche, freier Journalist, Chefredaktor  
Edito Klartext; Colette Gradwohl; Günter Heuberger; weitere
- 15.30 Pause
- 15.45 Offene Diskussion
- 16.45 Abschluss
- 17.00 Apéro

### Anmeldung

Die Tagung ist öffentlich, die Teilnahme kostenlos. Eine Anmeldung bis  
10. April ist erforderlich unter: [www.syndicom.ch/Veranstaltungen](http://www.syndicom.ch/Veranstaltungen)  
Die Teilnehmenden sind eingeladen, sich zu einem Diskussionspapier zu  
äussern, das die «Arbeitsgruppe Medien» der SP Schweiz seit dem ersten  
Teil der «Zukunftswerkstatt Medienpolitik» im Juni 2012 erarbeitet hat. Die  
Angemeldeten erhalten das Diskussionspapier vorgängig per Mail zuge-  
stellt (vorerst nur in deutscher Sprache verfügbar).

## FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die SP Schweiz sucht per 1. Juli 2013 oder nach Vereinbarung für das Zentralsekretariat in Bern:

## EINE/N MEDIENVERANTWORTLICHE/N (100%)

### Ihr Aufgabenbereich

Als Medienverantwortliche/r der SP Schweiz entwickeln Sie gemeinsam mit dem Präsidium und dem Generalsekretariat die tägliche Kommunikation der SP Schweiz und sind verantwortlich für den medialen Auftritt der SP. Sie verfolgen die parteirelevante Aktualität und schätzen den Kommunikationsbedarf ein. Sie verfassen Medienmitteilungen, organisieren Medienauftritte und sind Ansprechperson für Medienschaffende. Sie beraten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und die Generalsekretärinnen der SP bei Medienauftritten und nehmen beratend an den Sitzungen der Parteigremien teil. Zudem arbeiten Sie bei der internen Kommunikationsarbeit mit.

### Ihr Profil

Sie bringen eine grosse Erfahrung im Umgang mit Medien und Medienschaffenden mit. Sie haben eine sehr gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise, bringen komplexe Themen rasch auf den Punkt und können schnell und zugespitzt kommunizieren. Vertiefte Kenntnisse der Bundespolitik und der politischen Mechanismen setzen wir ebenfalls voraus. Sie haben sehr gute Kenntnisse der deutschen und französischen Sprache, haben sowohl die Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten als auch zur Teamarbeit. Sie sind eine belastbare und flexible Persönlichkeit und bewahren auch in hektischen Zeiten den Überblick.

### Unser Angebot

Wir bieten eine vielseitige und interessante Tätigkeit in einem kleinen Team, ein angenehmes Arbeitsklima und fortschrittliche Arbeitsbedingungen. Wenn Sie interessiert sind, in einem politischen Umfeld zu arbeiten, senden Sie Ihre vollständigen Unterlagen mit Foto bis am 3. April an [bewerbung@spschweiz.ch](mailto:bewerbung@spschweiz.ch) oder an SP Schweiz, Leyla Gül, Co-Generalsekretärin Postfach, 3001 Bern  
Weitere Auskünfte erteilt Leyla Gül unter Tel. 031 329 69 78.



## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**AHVplus: Für eine starke AHV**  
(Informationen siehe Seite 5)

**Einkommens- und Lohnschere – die Massnahmen dagegen**

D2.1.1307  
10.4.2013; Trigon Bildungszentrum, Zürich  
Statistiken und Analysen der Einkommens- und Lohnschere, Gegenmassnahmen (Mindestlohninitiative, 1:12-Initiative, Steuer- und Abgabepolitik, Finanzierung des Gesundheitswesens). Referent: Daniel Lampart (SGB)

**Sozialversicherungen verständlich gemacht** D2.3.1301

14.5.2013; Trigon Bildungszentrum, Zürich  
Überblick über das soziale Sicherungssystem in der Schweiz, Drei-Säulen-Prinzip, Zusammenspiel der einzelnen Sozialversicherungen und der Bedarfsleistungen, politische Streitfelder, gewerkschaftliche Positionen. Referentin: Christine Goll (Movendo)

**Einführung ins Arbeitsrecht**

D2.2.1301  
6.–7.6.2013; Hotel Aarauerhof, Aarau  
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamt-

arbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung  
Referent: Arthur Andermatt (Rechtsanwalt)

**Wie lerne ich effizient** D2.6.1333  
10.–11.6.2013; Restaurant Bären, Ostermundigen/Bern  
Auseinandersetzung mit dem eigenen Lernen, Lernbiografie, biologische Grundlagen, Lerntypen und Lernstile, Übungen für bessere Lernstrategien. Referentin: Emiliana Della Torre (Movendo)

**Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven** D2.1.1308

13.–14.6.2013; Hotel Flora Alpina, Vitznau  
Geschichte der Migrationspolitik, Ausländergesetz und Personenfreizügigkeitsabkommen, gewerkschaftliche Positionen zu AuG und FZA

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Tel. 031 370 00 70  
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

### AGENDA

28. Juni  
**Koordinationskonferenz**

29. Juni  
**Delegiertenversammlung**

7. September, Bern  
**Jubiläumsfest 125 Jahre SP Schweiz**

25. Oktober  
**Koordinationskonferenz**

26. Oktober  
**Delegiertenversammlung**

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

## Jenseits von Gut und Böse



Lucienne Vaudan ist freie Journalistin und berichtet aus dem Libanon.

«Assads Soldaten sind die Bösen und die Rebellen die Guten, oder?», fragte mich kürzlich eine Schweizerin. Fragen, auf die es keine schnellen Antworten gibt, sind gute Fragen. Und das war so eine.

Wir, fernab vom Kriegsgeschehen, stellen uns gerne auf die Seite einer der Parteien und hoffen auf deren Sieg. Mit dem Syrienkonflikt verhält es sich da nicht anders: Grossteils sunnitische Syrer kämpfen in einem zusammengewürfelten Haufen aus Militärdissidenten und Zivilisten gegen die gut gerüstete Armee des alawitischen Machthabers Bashar al-Assad. Freiheitskämpfer gegen Diktator, David gegen Goliath – wer der Gute und wer der Böse ist, scheint klar. Ist es aber nicht: «Ich war gegen Assad. Aber vor den Rebellen fürchte ich mich noch mehr. Wir sind unter Assad nicht frei, aber wenn er gestürzt wird, bricht das Chaos aus», sagte mir ein junger Syrer. Er wirft damit das Gut-böse-Schema über den Haufen, mit dem wir Europäer es uns so bequem gemacht haben. Die Rebellen alleine hätten sich nicht während beinahe zweier Jahre gegen Assad behaupten können. Deshalb baten sie um Unterstützung. Vom Westen wurde ihnen diese offiziell verwehrt, doch auf die inoffizielle Hilfe von Staaten wie dem sunnitischen Saudiarabien kann der syrische Widerstand zählen. Und inzwischen ist hinlänglich bekannt, dass sich auf syrischem Boden islamistische Gotteskrieger aus aller Herren Länder tummeln. Gar von Söldnern aus Ex-Jugoslawien und Tschetschenien berichten Journalisten. Die Al-Nusra-Front, eine der effizientesten Rebellengruppen, steht der irakischen Al-Qaida nahe. Noch ist den syrischen Freiheitskämpfern die Hilfe der Jihadisten von Nutzen. Aber der Pakt mit dem Teufel, um des Bösen Herr zu werden, ist nicht gratis. Dass viele Rebellen mittlerweile Bart tragen, liegt nicht daran, dass sie im Krieg keine Zeit zum Rasieren fänden. Religiosität wird in Syrien wie bereits in Tunesien und Ägypten die wahre Errungenschaft der Revolution sein. Die Salafisten sind die einzigen, die mit einer klaren Zukunftsvision für Syrien aufwarten können: ein Staat, der nach islamischen Leitlinien funktionieren soll. Zudem haben sie einen Märtyrerbonus, weil sie schon immer Gegner Assads waren.

Sind die Rebellen etwa auch böse? «Freiheit und Demokratie sind für euch etwas anderes als für uns», erklärte mir ein syrischer Widerstandskämpfer. Das sollten wir uns vor Augen halten, bevor wir den Kriegsakteuren einen Gut- oder einen Böse-Kleber auf die Stirn drücken.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage 43310 (Wemf)

#### Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis  
Adressänderungen/Abos:  
[abo@spschweiz.ch](mailto:abo@spschweiz.ch)

#### Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

#### E-Mail Redaktion

[andrea.bauer@spschweiz.ch](mailto:andrea.bauer@spschweiz.ch)

#### Gestaltungskonzept

[muellerluetolf.ch](mailto:muellerluetolf.ch)

#### Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

#### Druck

Ringier Print Adligenswil AG  
Postfach 3739, 6002 Luzern

#### Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH  
Hellgasse 12, 6460 Altdorf  
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47  
[kg@kiliangasser.ch](mailto:kg@kiliangasser.ch)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11.3.  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 8.4.



**SAUBERES WASSER IST**

**DER BESTE KINDERARZT AFRIKAS.**

Wünschen Sie sich zum Geburtstag sauberes Trinkwasser für Kinder in Afrika auf [WWW.MEIN-WUNSCH.ORG](http://WWW.MEIN-WUNSCH.ORG)

Unterstützt durch

 **GEBERIT**

 **GLOBETROTTER**  
REISEN STATT FERIE



**HELNETAS**

Handeln für eine bessere Welt